:antifaschistische nachrichten

Nr. 15

g 3336 29.7.2010 26. jahrg./issn 0945-3946 1,50 €

www.antifaschistische-nachrichten.de

Moscheegegner in der Minderheit

DORTMUND. „An einer Kundgebung der rechtsextremen Partei „Pro NRW“, die sich am Samstag, 17. Juli gegen den Bau einer Moschee in Dortmund-Hörde richtete, nahmen weniger als 100 Personen teil. Das Gros der Teilnehmer war mit Bussen aus anderen Städten NRWs angekarrt worden. Dortmunder waren kaum anwesend. An der Kundgebung nahm neben verschiedenen „Pro“-Funktionären auch Johann Gärtner, stellvertretender Bundesvorsitzender der „Republikaner“ teil.

Über 200 Nazigegner beteiligten sich hingegen an unserer Demonstration, die wir gemeinsam mit der Antifaschistischen Jugend Dortmund und dem Bündnis „Dortmund gegen Rechts“ durchgeführt haben“, so das Bündnis „Dortmund stellt sich quer“ in einer ersten Stellungnahme.

„Es ist gut und wichtig, dass wir heute hier zusammengekommen sind“, erklärte Ursula Richter vom Dortmunder Bündnis gegen Rechts, „denn die hier auftretenden Biedermänner sind Brandstifter, die man nicht verharmlosen darf“. Pro NRW verbreiteten nur Hass, ließen vergiftete Botschaften von Rechts los. Richter machte Politik, Justiz und Polizei den Vorwurf, dass man das Problem der Neonazis jahrelang verharmlost habe. Nun brenne es in Dorstfeld. „Nazis fallen nicht vom Himmel“, erklärte sie.

Anna Conrads, innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE im Landtag, sagte, dass man weder heute Pro NRW die Straße überlassen werde noch am 4. September den Autonomen Nationalisten, wenn der nächste Aufmarsch von Rechten geplant ist. Man werde den Aufmarsch blockieren wie schon im Februar in Dresden. „Sie dürfen nie wieder propagieren, dass Dortmund die Stadt der Neonazis ist“.

Derweil kündigte ein Redner von Pro NRW an, dass man wiederkommen und einen Kreisverband gründen werde.

Quelle: PM Dortmund stellt sich quer und Bericht in „Der Westen“ ■

Foto: indymedia

Demonstration gegen Pro-NRW-Kundgebung in Dortmund am 17. Juli

Foto: www.arbeiterfotografie.com

unten: Anna Conrads, MdL DIE LINKE

Kundgebungsteilnehmer Pro NRW

Fotos: www.arbeiterfotografie.com

Aus dem Inhalt:

Breiter Protest gegen Pro Deutschland-Parteitag 5

Rassistische Trinkgelage 7

Wilders nach Berlin eingeladen

BERLIN/BERGISCH-GLADBACH. Rene Stadtkewitz, Berliner Senatsabgeordneter und Funktionär der sogenannten „Bürgerbewegung Pax Europa“, hat den niederländischen Rechtsausleger Geert Wilders von der „Partei der Freiheit“ nach Berlin eingeladen. Dort soll Wilders am 2. Oktober sprechen. Stadtkewitz, der die CDU im vergangenen Jahr verlassen hatte, aber noch deren Fraktion angehört, und der Gründer des islamophoben Weblog „PI“, Stefan Herre, hatten Wilders vor Kurzem im Parlamentsgebäude von Den Haag besucht. Kritik an „PI“ kam unlängst vom SPD-Rechtsexperten Sebastian Edathy. „Auf dieser Seite werden die Angehörigen einer ganzen Religionsgemeinschaft systematisch verächtlich gemacht“, so der SPD-Politiker. Insbesondere in den Kommentarbereichen des Weblogs, der durch einen türkischen Provider gehostet werde, fänden sich ständig Verstöße gegen das Strafgesetzbuch. Edathy forderte Bundesinnenminister de Maiziere (CDU) auf, „PI“ künftig durch den „Verfassungsschutz“ beobachten zu lassen.

hma ■

Rechte Brüder

STUTTGART. Die am rechten Rand des Katholizismus angesiedelte „Priesterbruderschaft St. Pius X.“ will am 31. Juli erneut mit einer Mahnkundgebung gegen den CSD in Stuttgart protestieren. Homosexualität sei „klar und eindeutig eine Sünde“, so die Vereinigung. Mit ihrem Protest wolle sie klarmachen, dass menschliche Handlungen „lebenszerstörend“ sein könnten, wenn sie „Gottes Gebote“ missachteten. In der Juli-Ausgabe ihres „Mitteilungsblattes für den deutschen Sprachraum“ wartet die Vereinigung mit einer „Erzählung des Monats“ auf. Deren Autor ist Karl Springenschmid. Dieser war einer der Hauptexponenten der Blut- und Boden-Prosa der dreißiger und vierziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts in Österreich. Der mit den Nazis sympathisierende Lehrer erhoffte sich von diesen eine „Befreiung“ Österreichs vom „klerikalen Totalitarismus“. Springenschmid (1897-1981) wurde Mitglied der (noch) illegalen NSDAP und des „NS-Lehrerbundes“, 1938 „Gauamtsleiter für Erziehung und Unterricht“ und „Schulungsleiter“ im Reichsgau Salzburg. Seit 1939 diente er als Offizier der Gebirgsjäger an verschiedenen Fronten. 1941 wurde er zum Regierungsdirektor ernannt. 1943 stieg er zum SS-Hauptsturmführer auf. Einer Verhaftung als mutmaßlicher Kriegsverbrecher entzog sich Springenschmid 1945 durch die Flucht. Nachdem sich zahlreiche Politiker für ihn eingesetzt hatten, stellte er sich 1951 den Behörden und kam nach Verhören schnell wieder auf freien Fuß. Eine Anklage gegen Springenschmid wurde niemals erhoben. Dieser veröffentlichte fortan Artikel in neofaschistischen Publikationen und wird Ehrenmitglied im „Dichterkreis“ des einschlägig rechten „Deutschen Kulturwerk Europäischen Geistes“. *hma* ■

Proteste gegen „Euro Pride“

USA/WARSCHAU. Der Weblog „kreuz.net“ ist eine Initiative von Katholiken in Europa und Übersee, „die hauptberuflich im kirchlichen Dienst tätig sind“, heißt es in dessen Selbstdarstellung. Bei der Benennung ihrer Gegner nehmen die „Katholischen Nachrichten“ mit Sitz in El Segundo in Kalifornien kein Blatt vor den Mund. Wohlwollend werden dort die Angriffe von religiösen Fundamentalisten und Neonazis auf die am 17. Juli erstmals in Warschau durchgeführte „Euro Pride“-Parade für mehr Rechte und mehr Toleranz für Homosexuelle kommentiert. Besonders auf den Bundestagsabgeordneten von „Bündnis 90/Die Grünen“, Volker Beck, der dort als „Bundestagsschwuchtel“ beschimpft wird, haben sich die katholischen Fundamentalisten eingeschossen. Mit Sprechchören wie „Gott, Ehre, Vaterland“ und „Unser Ziel ist ein großes Polen“ sowie Transparenten wie „Perverse nach Berlin“ hätten die Demonstranten in Warschau gegen die „Homo-Dekadenz“ der „sodomistischen Fanatiker“ protestiert, meldete „kreuz.net“. Dabei sei auch mit Flaschen und Eiern geworfen worden. Ein Polizist wurde angegriffen. Die Polizei nahm acht Personen fest. In Kommentaren ereifern sich die Leser des Beitrages über die Gegenproteste. „Die Schwulen sollen meinen Segen ruhig bekommen“, schreibt „Würgeengel“. „Mit heiligem Brandbeschleuniger will ich sie besprenkeln und mit Giftgas beweihräuchern“. *hma* ■

Antifaschismus ohne Antifaschistinnen und Antifaschisten?

AACHEN. Am 6. Juli berichtete die Aachener Lokalpresse von der Gründung eines „Runden Tisch gegen Rechtsextremismus“, dem angehören sollen die Aachener Ratsfraktionen, der Oberbürgermeister, Vertreter der Kirchen, Gewerkschaften und des Aachener Friedenspreises sowie bekannte Antifaschisten wie Polizeipräsident Oelze und der Leiter des Aachener Ordnungsamtes. Alle Aachener Ratsfraktionen sollen einen gemeinsamen Antrag auf den Weg gebracht haben. Zwei mal im Jahr wolle man sich treffen, „aber auch auf aktuelle Vorkommnisse reagieren“. Die Initiatoren verstehen das als (Wieder-)Belebung des „Bündnis gegen Rechts“, das seinerseits von einigen der genannten Mitgliedern schlafen gelegt wurde.

Anläßlich der geflissentlichen Missachtung aller antifaschistischen außerparlamentarischen Initiativen und Gruppen hat sich die VVN/BdA mit folgendem Brief an die Tischnachbarn gewandt:

„Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freundinnen und Freunde,

aus der Zeitung haben wir von dem Vorhaben mit Ihrer/Deiner Beteiligung erfahren, einen Runden Tisch gegen Rechts in Aachen zu installieren. Mit vielen von Ihnen/Euch haben wir in den vergangenen Jahren gemeinsame Aktionen gegen einen erstarkenden Neofaschismus in Aachen und der Region durchgeführt. Manchmal verfolgten wir gemeinsame Ziele in parallelen Aktionen, manchmal führten wir Veranstaltungen und Aktionen gemeinsam durch. Das entspricht durchaus unserem Verständnis und unserer Zielstellung, alle Kräfte zusammen zu führen gegen die in ihren Perspektiven an Gewalt nicht zu überbietende neofaschistische Gefahr.

Um so mehr hat uns die Initiative der Ratsfraktionen überrascht. Nicht nur unsere Organisation, auch andere bekannte, engagierte und zuverlässige antifaschistische Gruppen wie das „Antifaschistische Aktionsbündnis Aachen“, der „AK Antifa Aachen“, die „Autonome Antifa AC³“, das „Autonome Zentrum Aachen“, der Motorradclub „Kuhle Wampe mc-quadrat“ sowie repräsentativ wirkende Einzelpersonen wurden in diesen Runden Tisch nicht einbezogen. Wir rätseln ernsthaft an Ihren/Euren Vorstellungen, wie Sie/Ihr ohne Basisinitiativen von unten, ohne engagiertes Bürgerengagement den neofaschistischen Herausforderungen entgegentreten wollen/wollt. Glauben Sie / glaubst Du ernsthaft, mit Dekreten von oben etwas erreichen zu können?

Auffällig ist desweiteren, dass offensichtlich eher links angesiedelte antifaschistische Gruppen ausgeschlossen sind. Ist das Zufall? Oder hat sich hier (hinterrücks?) die Linie der neuen Bundesregierung durchgesetzt, das Konstrukt des Verfassungsschutzes „Linksextremismus“ in die Lokalpolitik einzubringen, wie es der Tischteilnehmer Herr Oelze schon seit längerem versucht? Ein Denken, das im Übrigen nur zur Relativierung und Verharmlosung von Faschismus taugt.

Wir hätten von Ihnen/Euch mehr Verantwortungsbewusstsein erwartet. Jede Spaltung antifaschistischer Bewegungen und Aktionen kann und wird von Neonazis als Erfolg verstanden – nicht zu Unrecht.“

VVN-BdA Aachen ■

Bombe „an die Antifa“

AACHEN. In den letzten Tagen kam es wieder einmal zu Naziangriffen auf vermeintliche AntifaschistInnen, Privatwohnungen und Freiräume in Aachen. In der Nacht von Donnerstag auf Freitag, dem 16.7, haben ca. 10 rechte Jugendliche, darunter Führungskader der Kameradschaft Aachener Land, die Diskothek B9 besucht. Dort haben sie alternativ aussehende Jugendliche erst abfotografiert, später dann eine Person bespuckt, angepöbelt und bedroht. Die angedrohte Gewalt konnten die Nazis nicht umsetzen da sich die Opfer an Türpersonal wandten und die Diskothek vor den Nazis verließen. In der selben Nacht griffen Nazis die Privatwohnung eines Rentnerpaares in Kornelimünster an. Hier schlugen sie ein Fenster der Wohnung ein, in der sie einen Aachener Antifaschisten vermuteten. Bereits einige Wochen zuvor sprühten Nazis eine Morddrohung, ein Hakenkreuz und „Judensau“ vor das Haus. Hierbei scheint ihnen wohl entgangen zu sein, dass der Jugendliche bereits seit Jahren nicht mehr in diesem Haus wohnt. Zur gleichen Zeit ist auch in Oberforstbach eine Familie wiederholt Opfer von rechten Schmierereien geworden. Weiterhin wurden an die Wand einer Schwimmhalle und eines Jugendzentrums in Brand rechte Parolen und Drohungen gegen politische Gegner gesprüht. Weitere Angriffe folgten in der Nacht von Freitag auf Samstag, den 17.7. Sowohl der Hauseingang eines Naziaussteigers als auch der einer Linken Stadtratsabgeordneten wurden mit roter Farbe beschmiert. Beide Familien stehen schon seit längerem im Fokus der Aachener Nazis.

Auch am Autonomen Zentrum waren die Nazis wieder aktiv. Nachmittags fanden AZ MitarbeiterInnen ein Auffälliges Paket mit der Aufschrift „An die Antifa“ vor der Tür des AZ. Die Polizei wurde gerufen, die daraufhin weiträumig die Umgebung wegen Bombengefahr absperrte. Sprengstoffspezialisten aus Düsseldorf öffneten und entschärften die darin präparierten Gegenstände. Die Polizei geht hierbei von einer Bombenattrappe aus, schließen jedoch nicht aus, dass sie funktionsfähig gewesen sein könnte.

Die Vorkommnisse sprechen für sich. Die Nazigewalt in Aachen hält an, es wird Zeit, dass auch entsprechende Reaktionen folgen.

Wie bisher wurden Naziübergriffe seitens Polizei, Justiz und Stadt entpolitisiert oder verschwiegen. Extremismustheorie und eine Bagatellisierung durch eine Gleichsetzung Rechter und Linker verharmlosen die Gewalt der Nazis. Wir fordern Polizei, Lokalpolitik und Presse dazu auf, die Aachener Neonaziaktivitäten endlich als das anzuerkennen, was sie sind, und nicht zu unerheblichen Auseinandersetzungen rivalisierender Jugendgruppen zu verklären.

Quelle: „Autonome Antifa Aachen a³“ ■

FOTO: DGB-KulturAK/ VVN

„NPD-Skat im Voraus verhindert....“

NEUENKIRCHEN (NIEDERSACHSEN). Die NPD des UB-Lüneburg hatte ihre Mitglieder und Freunde zum Skat- und Knobelturnier zu Freitagabend 16.7.10 in den „Stichter Krug“ nach Neuenkirchen eingeladen. Als das eine Woche zuvor AntifaschistInnen und GewerkschafterInnen bekannt wurde, wurde der Wirt mehrfach aufgefordert, den Nazi-Skat abzusagen. Ein Bündnis aus Initiativen, Parteien und

Gewerkschaften rief kurzfristig zur Protestaktion auf. Diese Aktion war nicht mehr notwendig, denn der Wirt folgte der Aufforderung und sagte den Nazis ab – wenn auch nur widerwillig. Widerwillig auch deshalb, weil die Nazis seit 2009 bereits etliche Veranstaltungen bei ihm durchgeführt haben.

Bündnissprecher Charly Braun vom DGB bedankt sich in diesem Zusammenhang für den speziellen Einsatz der örtlichen Sozialdemokratie.

Um bekannt zu machen, was in Neuenkirchen passiert und um diesen antifaschistischen Erfolg zu zeigen, trafen sich am Freitagabend dann trotzdem insgesamt 30 Nazi-GegnerInnen vorm Stichter Krug. Währenddessen streiften kleine Nazigruppen durch die Straßen von Neuenkirchen.

„Damit haben wir ein zweites Mal in Neuenkirchen eine Nazi-Veranstaltung im Voraus verhindert“, freut sich Gewerkschafter Charly Braun. Im April 2004 hatte die NPD den vorbestraften Nazi-Terroristen Naumann zum Vortrag vor Jugendlichen nach Neuenkirchen geladen. Der DGB sorgte für Öffentlichkeit und andere drohten eine Demonstration an. Das reichte dem Wirt des damaligen Jungnazi-Treffs, die NPD-Veranstaltung abzusagen.

Regina Hoops von der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes wundert sich, dass die NPD im heißen Sommer zu Skat und Knobeln um Fleischpreise einlädt, „ein kühles Bad im Stichter See wäre passender, da könnten die Nazis sich gleich selbst die Köpfe waschen“. Das „Bündnis gegen Rechts“ aus Soltau-Fallingbostel-Visselhövede erwartet vom Wirt des „Stichter Krug“, dass er auch künftig keine Nazis bewirtet. Es reicht, ständig zu erleben, wie Matthias Behrens (stellv. NPD-Landesvorsitzender und Führer der Kameradschaft Snevern-Jungs) im feinen Zwirn Rats- und Kreistagssitzungen in Neuenkirchen und anderswo besucht und wie er mit Kameraden zum Blutspenden geht und sie sich dann damit im Internet brüsten (zuletzt am 28.5.10 in Neuenkirchen).

WDas geplante NPD-Skat- und Knobelturnier in Neuenkirchen am 16.7.10 wurde zwar erfolgreich verhindert, aber die Nazis fanden eine Alternative auf dem Privatgelände eines ihrer Kameraden im nahen Soltau.

Dank antifaschistischen Engagements in Neuenkirchen haben die Nazis einen Treffpunkt weniger. Und dass sie auf ein Privatgrundstück ausweichen mussten, ist bestimmt nicht im Interesse der Nazis. Aber sie haben sich treffen können. Immerhin ein antifaschistischer 2:1 - Sieg.

Antifaschistische Kundgebung angegriffen

STUTTGART. Am 17. Juli fand in Leonberg eine kleinere antifaschistische Kundgebung mit Infostand und diversen Reden statt. Direkt im Anschluss an den letzten Redebeitrag griffen zwei Nazis die Kundgebung gezielt mit Glasflaschenwürfen an und bedrohten die AntifaschistInnen anschließend nur wenig entfernt gemeinsam mit 5 bis 6 weiteren Nazis mit Baseballschlägern, Schlagstöcken und Pfefferspray.

Die Region um Leonberg fällt schon seit längerem durch ein hohes rechtes Potenzial auf, das sich vor allem in starker faschistischer Präsenz auf öffentlichen Festen und Veranstaltungen und damit einhergehend in zahlreichen Übergriffen auf Linke und MigrantInnen zeigt. Zuletzt sammelten sich auf dem Stadtfest in Rutesheim am 26. Juni bis zu 30 offensichtliche Nazis und dominierten damit den äußeren Eindruck der Veranstaltung klar.

Um diesem Treiben gemeinsam entgegenzuwirken, schlossen sich in den letzten Monaten Jugendliche in Leonberg und Umgebung zur Antifaschistischen Initiative Leonberg [AIL] zusammen und begannen mit Flugblattaktionen und Infoveranstaltungen die antifaschistische Arbeit in der Region zu organisieren. Die Kundgebung am 17. Juli wurde von der [AIL] gemeinsam mit dem Antifaschistischen Aktionsbündnis Stuttgart und Region (AABS) organisiert, um auf die neue Gruppe in Leonberg und die dortigen Zustände aufmerksam zu machen. Im Laufe der Kundgebung wurden mehrere hundert Flugblätter verteilt und Gespräche mit einigen interessierten PassantInnen geführt.

Der Überraschungsangriff der Nazis ereignete sich am Ende der Kundgebung. Dass die Flaschenwürfe und die anschließenden Drohgebärden dabei keine Verletzten nach sich zogen, ist den wenig ausgebildeten Wurfkünsten der Angreifer, wie auch dem entschlossenen und besonnenen Handeln der AntifaschistInnen zu verdanken. Fünf der Angreifer konnten nur wenig später nicht weit vom Kundgebungsort von der Polizei aufgegriffen werden. Sie zählen zu den schon lang bekannteren Nazistraßenschlägern in der Region. Die Organisatoren der Kundgebung kündigten an, sich durch diesen Angriff nicht einschüchtern zu lassen. Vielmehr soll das augenscheinlich längst notwendige antifaschistische Engagement in Leonberg gemeinsam mit Unterstützung von weiteren antifaschistischen Strukturen aus der Region ausgebaut und die Öffentlichkeit für die Problematik Neofaschismus sensibilisiert werden.

PM Antifaschistische Aktion (Aufbau) ■

Zukünftiger Bürgermeister Ahlhaus aus schlagender Verbindung?

HAMBURG. Christoph Ahlhaus, der in Hamburg wohl demnächst mit den Stimmen von CDU und Grünen zum Bürgermeister gewählt wird, ist laut Angaben aus korporierten Kreisen Alter Herr einer schlagenden Verbindung. Der aus Heidelberg stammende CDU-Politiker sei Mitglied der Turnerschaft Ghibellinia Heidelberg, einer Verbindung aus dem pflichtschlagenden Coburger Convent (CC).

Frauen können in der elitären Gemeinschaft des CC nicht Mitglied werden.

Die Abgrenzung des CC und dessen Verbindungen vor Ort nach rechts hin sind fließend. Die Ghibellinen nahmen 2003 an einem „Heldengedenken“ der braunen „Burschenschaft Normannia“ in Heidelberg teil. Die SPD hat seit 2006 einen Unvereinbarkeitsbeschluss mit jener und weiteren Burschenschaften, weil sie „eindeutig völkisch, biologistisch und großdeutsch ausgerichtet“ sind. Ahlhaus hatte sich in seiner Zeit als Heidelberger Lokalpolitiker schützend vor Kritik an den anachronistischen Männerbünden gestellt. In einer Pressemitteilung erklärte Ahlhaus als CDU-Vorsitzender in Heidelberg im April 2001 „Die CDU stellt sich ausdrücklich an die Seite der Heidelberger Studentenverbindungen...“

Voraus gegangen waren Proteste gegen das so genannte Maiensingen, an dem nicht nur Korporationen aus Heidelberg, sondern auch Neonazis teilnahmen.

Darüber hinaus ist die Turnerschaft Ghibellinia Mitglied im so genannten „Heidelberger Waffenring“, einem Zusammenschluss der schlagenden Verbindungen, darunter auch äußerst rechte, in der Universitätsstadt. Wenn Ahlhaus hier geburscht wurde, dann wird er wahrscheinlich auch im Heidelberger Waffenring seine zwei Pflichtmensuren geschlagen haben, dies ist in waffenstudentischen Kreisen üblich.

Als es 1919 Bestrebungen gab, in Mannheim die Räterepublik Baden auszurufen, bildete der Heidelberger Waffenring geschlossen ein studentisches Freikorps. Der Heidelberger Waffenring verweigerte schon in den frühen 20er Jahren des letzten Jahrhunderts den jüdischen Verbindungsstudenten die Satisfaktion, also die Genugtuung im Falle einer Verletzung der Ehre durch die Waffe, und schloss jene also aus der Gemeinschaft des als „honorig“ und damit als gleichberechtigt anerkannten (waffen-)studentischen Kollektivs aus. Die eigene nationalsozialistische Vergangenheit ist im CC, genauso wie in vielen anderen studentischen Verbindungen, kaum kritisch reflektiert worden.

Zu Ahlhaus Verbandsbrüdern aus Heidelberg dürfte auch der in diesen Kreisen hofierte Alte Herr Fritz Hippler, ehemaliger Reichsfilmintendant und Macher des Filmes „Der ewige Jude“ gehört haben. Hippler, Landsmannschaft Teutonia Heidelberg (ebenfalls CC), publizierte bis zu seinem Tod 2002 für die neofaschistische Szene. Aus dem Coburger Convent wurde Hippler niemals ausgeschlossen, denn hier herrscht neben den Grundprinzipien „Ehre, Freiheit, Freundschaft, Vaterland“ das Toleranzprinzip - auch für Alt- und Neonazis.

Alhaus zeigte vor 10 Jahren zwar viel Toleranz für rechte Verbindungen, in der Leitkulturdebatte dafür aber umso weniger. Das „political correcte Deutschland“ jaule auf, es hätte die „linke Ideologiebrille“ aufgesetzt und deshalb dürfe über „Ausländerpolitik“ nur noch unter dem Begriff „Einwanderungspolitik“ diskutiert werden schrieb er damals in einem Leserbrief. 2006 hatte Christoph Ahlhaus klare Vorstellungen darüber, was die Aufgabe der CDU-Stahlhelmer in Hamburg sei. In seiner Biographie gab er als Lieblingsplatz in Hamburg die Davidswache, als Symbol für die Polizei an und erklärte „Der Beitrag der Hamburger CDU zur Bekämpfung des Rechtsradikalismus ist, daß wir uns innenpolitisch so aufstellen, daß rechts von der CDU kein Bedürfnis für eine weitere Gruppierung ist.“

2008 wählte eine Initiative von jungen Flüchtlingen den Hamburger Innensenator am Rande der Innenministerkonferenz zum „Abschiebeminister“ des Jahres. Sie kritisierte, dass unter Ahlhaus das härteste Abschieberegime in Deutschland herrsche und Hamburg europaweit Sammelabschiebungen organisiere. Der Innensenator erklärte dazu: „Wenn die Wahl deutlich macht, dass die Hamburger Ausländerbehörde Recht und Gesetz konsequent durchsetzt, werte ich dies durchaus als Kompliment“. Seit dem gab es zwei Tote in Abschiebehaft unter Ahlhaus Regime.

Ein fellow traveller von schlagenden Verbindungen mit Distanzproblemen zum rechten Rand, der sich immer als harter Hund verstand, nun aber seit ein paar Wochen Kreide frisst, soll in wenigen Wochen auch mit den Stimmen der Grünen zum Bürgermeister gewählt werden. Für den Machterhalt tut man halt vieles. *Felix Krebs* ■

PS. Christoph Ahlhaus hat sich am Sonntag, 25.7. "aus der Mitgliederliste der Turnerschaft streichen lassen", nachdem die innenpolitische Sprecherin der GAL Antje Möller erklärt hatte, dass sie sich einen korporierten Bürgermeister nicht vorstellen könne. Ahlhaus war tatsächlich Conkneipant.

Breiter Protest gegen „Pro Deutschland“-Parteitag

REP sagen Unterstützung bei der Abgeordnetenhauswahl 2011 zu

BERLIN. Aufgrund der Entschlossenheit der Proteste von bis zu 2.500 antifaschistischen Bürgerinnen und Bürgern gelangten am 17. Juli lediglich etwa 50 Anhänger von „Pro-Deutschland“ in ihren Versammlungsraum im Rathaus-Schöneberg. Durch wiederholte Blockaden wurde der Ablauf so verzögert, dass bereits eine große Anzahl von Pro-Deutschland-Mitgliedern den Parteitag frühzeitig wieder verließ.

„Es war ein harter Kampf heute“,so Dirk Stegemann, der Sprecher des Bündnisses. „Mein Dank gilt allen Protestierenden, die sich heute über einen so langen Zeitraum entschlossen den Rassistinnen und Rassisten von Pro Deutschland entgegen gestellt haben und sich trotz der teils massiven Gewalt durch die Polizeibeamten nicht haben einschüchtern lassen.“

Der Tag begann vielversprechend und ließ hoffen, dass der Bundesparteitag gänzlich verhindert werden könne. Bereits um 13.30 Uhr formierte sich die erste Sitzblockade in der Salzburger Straße / Badensche Straße, als ca. zehn Mitglieder von „Pro Deutschland“ geschützt durch Polizeibeamte aus einem nahegelegenen Cafe ins Rathaus gebracht werden sollten. Die Polizei versuchte die Blockade erfolglos durch den unverhältnismäßigen Einsatz von Gewalt zu räumen. Bei dieser Polizeiaktion wurde auch der Sprecher des Bündnisses durch den gezielten Einsatz von Pfefferspray in die Augen aus kürzester Distanz im Gesicht verletzt. Ein Vorstandsmitglied des türkischen schwullesbischen Vereins Gladt e.V. wurde in den Bauchraum getreten und erlitt dabei Prellungen.

Nachdem die Polizei den Weg für die Mitglieder von Pro Deutschland nicht freigeprügelt bekam, mussten diese letztlich in einem Einsatzwagen zum Veranstaltungsort oder andere durch einen Nebeneingang, dem Zugang zum Standesamt gebracht werden. Auf diesem Wege flüchteten sie nach Ende der Veranstaltung auch wieder.

Im Verlauf folgten weitere Blockaden vor den vier Eingängen des Rathauses. Der zivile Ungehorsam konnte aber nicht verhindern, dass schließlich doch etwa dreißig weitere Anhänger_innen von Pro Deutschland in den Versammlungsraum gelangten, da die Polizei diesen immer wieder mit brachialer Gewalt den Weg frei räumte. Trotzallem begann der Bundesparteitag in Anwesenheit des Vorsitzenden Manfred Rouhs, Lars Seidensticker und Patrick Brinkmann wegen dieser Proteste mit großer Verspätung.

Wie schon bei ähnlichen Kundgebungen zur Verhinderung von Naziveranstaltungen wurden auch hier Personen wegen des Aufrufes zu friedlichen Blockaden von der Polizei rigoros festgenommen. So auch das Mitglied des Landesvorstandes der Berliner VVN-BdA, Markus Tervooren. Ihnen und den zahlreichen Verletzten gehört unsere Solidarität.

„Der Polizeieinsatz heute wird auch noch ein juristisches Nachspiel haben“, so eine Mitorganisatorin. Im Laufe des Tages wurden ca. 5-6 Personen festgenommen. Drei davon befanden sich zur Zeit des Verfassens der Pressemitteilung wieder auf freiem Fuß. Zur Zahl der Verletzten lagen noch keine Informationen vor. Wir werden uns aber auch nicht von der Polizei davon abhalten lassen, uns Pro Deutschland und seinen rassistischen Ablegern weiterhin entgegenzustellen.

Bündnis gegen den Parteitag von „Pro-Deutschland“, Sprecher des Bündnisses: Dirk Stegemann ■

Ein rabenschwarzer Tag für die Demokratie und den Kampf gegen Rechts

Das Verwaltungsgericht München hat in einer Entscheidung vom 28.6.2010 festgestellt, dass die Antifaschistische Informations-, Dokumentations- und Archivstelle a.i.d.a. e.V. in München zu Recht im Verfassungsschutzbericht 2008 unter der Rubrik „Sonstige Linksextremisten“ enthalten ist. Für diese Entscheidung wurde seitens des Gerichts jedoch eine nur äußerst oberflächliche Überprüfung vorgenommen und ganz wesentliche Aspekte außer Acht gelassen: Die Entscheidung ist im Wesentlichen darauf gestützt, dass im Internetauftritt von a.i.d.a. einige Verlinkungen mit Seiten anderer Organisationen bestehen, die ebenfalls im Verfassungsschutzbericht aufgeführt sind. Von insgesamt über 100 wurden zwölf Links zu Organisationen moniert. Dabei wurde vom Gericht auch nicht nur ansatzweise überprüft, in welcher Verbindung a.i.d.a. mit diesen Organisationen steht und ob diese Organisationen zu Recht im Verfassungsschutzbericht stehen oder nicht.

Allein die Tatsache, dass sich Organisationen im VS-Bericht befinden und sich hiergegen nicht gerichtlich zur Wehr gesetzt haben, veranlasst das Gericht, davon auszugehen, dass sie zu Recht darin aufgeführt sind.

Unberücksichtigt ließ das Gericht dabei auch, dass a.i.d.a. einen Haftungsausschluss formuliert hat, wie dies bei Links grundsätzlich üblich ist und darüber hinaus auch noch mitteilt, dass die verlinkten Seiten nur kursorisch überprüft wurden und nicht die Meinung von a.i.d.a. wiedergeben. Vielmehr verlangt es von a.i.d.a., dass es die volle Haftung für die Inhalte von verlinkten Seiten übernimmt und auch selbst eine umfassende Überprüfung dieser Organisationen vornimmt, andernfalls sämtliche Inhalte als eigene Meinung zuzurechnen sind.

Damit steht die Entscheidung im Widerspruch zu einer Entscheidung des Bundesverfassungsgericht, in der festgestellt wurde, dass ein Presseorgan nicht als verfassungsfeindlich einzustufen ist, obwohl es nur bestimmten politischen Meinungen ein Forum geboten hatte, ohne sich gleichzeitig mit den einzelnen Veröffentlichungen zu identifizieren, da hier ein zulässiger „Markt der Meinungen“ vorliegt.

Ein großes Defizit der Entscheidung ist vor allem auch, dass die politische Arbeit von a.i.d.a. ausschließlich nach dem Internet-Auftritt und dort nur nach den Ver-

linkungen beurteilt wird. Die fundierte und mehrfach ausgezeichnete inhaltliche Arbeit von a.i.d.a. wird in der Entscheidung mit keinem Wort erwähnt, geschweige denn gewürdigt. Dabei behauptet das Gericht selbst in seinem Beschluss, dass eine Gesamtschau auf die Arbeit des Vereins vorzunehmen ist, die sich nicht nur auf die offizielle Vereinssatzung beschränkt sondern auch auf tatsächliche Handlungen, Pressemitteilungen, Verlautbarungen und Äußerungen von a.i.d.a. sowie der für ihn tätigen Mitglieder erstreckt (Beschluss Seite 18). Angelika Lex, Rechtsanwältin: „Das Gericht hat eine sehr oberflächliche Entscheidung getroffen und sich bedauerlicher Weise nicht die Mühe gemacht, sich im Detail mit den ausführlich vorgetragenen Tatsachen zu befassen. Die Verfahrensdauer von einem Jahr für eine Eilentscheidung ist daher unerklärlich. a.i.d.a. wird nun unverzüglich Beschwerde beim Bayer. Verwaltungsgerichtshof gegen diesen Beschluss einlegen.“ Marcus Buschmüller, a.i.d.a.: „Nach dieser enttäuschenden Entscheidung geht die juristische Auseinandersetzung natürlich in die nächste Runde. a.i.d.a. wird unterdessen weiter wie bisher fundierte Informationsarbeit gegen die extreme Rechte leisten, politisch unabhängig, kritisch und ehrenamtlich.“

Antifaschistische Informations-Dokumentations- und Archivstelle München e. V. (a.i.d.a.), www.aida-archiv.de ■

Proteste bei Bahnjubiläum

Die Deutsche Bahn AG verbietet das Gedenken an die Opfer der „Reichsbahn“ Deportationen im Rahmen der Jubiläumstour „175 Jahre deutsche Eisenbahn.“

HAMBURG. Die Deutsche Bahn AG feiert dieses Jahr in mehreren deutschen Bahnhöfen ein Jubiläum: „125 Jahre deutsche Eisenbahn“. Unter dem Motto „Die Eisenbahn macht mobil – seit 175 Jahren“ finden „bunte Bahnhofsfeste“ in insgesamt 15 Großstädten statt. Die DB AG stellt sich damit in die Tradition der deutschen Eisenbahngeschichte. Unterdessen warten die Überlebenden der deutschen Konzentrations- und Vernichtungslager, die als Kinder in Waggons der „Reichsbahn“ deportiert wurden, noch immer auf eine angemessene Restitution. Bis heute wurde kein Cent an die Überlebenden der „Reichsbahn“-Verbrechen ausgezahlt.

Am Sonntag, den 11.7.2010 machte die „Jubiläumstour“ am Hamburger Hauptbahnhof Station. Dieses Ereignis war für Hamburger Antifaschist_innen der geeignete Anlass, an die Opfer zu erinnern und die Forderungen der Überlebenden zu unterstützen.

Über drei Millionen Menschen aus ganz Europa wurden in Zügen der „Reichsbahn“ verschleppt. Über das Hamburger Schienennetz wurden über 6000 Menschen nach Minsk, Theresienstadt oder Auschwitz deportiert.Die wenigsten kehrten aus den Vernichtungslagern der deutschen Faschisten zurück. Die „Reichsbahn“ verdiente gut an ihrer Beihilfe zum Massenmord, umgerechnet über 445 Millionen Euro nahm sie ein. Die Deportierten mussten ihre Verschleppung meistens selbst finanzieren.

Bis heute ist weder die DB AG noch ihre Eigentümerin, die Bundesrepublik Deutschland, bereit, den oft bedürftigen Überlebenden zu helfen und ihre Schuld diesen Menschen gegenüber zu begleichen. Auch eine angemessene Ehrung der Millionen Menschen, die nicht aus den deutschen Todeslagern zurückkehrten, in welche die „Reichsbahn“ sie verschleppte, blieb bis heute aus.

Seit längerem fordern Überlebende der „Reichsbahn“-Deportationen, vertreten durch 21 Opferorganisationen aus Weißrussland, Polen, der Ukraine und Russland, die Begleichung der Schulden. Der Betrag hat in angemessenem Verhältnis zu den Einnahmen aus den Verschleppungen zu stehen.

Die legitimen Forderungen wie bisher weiter zu verschleppen und zu ignorieren bedeutet, auf den Tod der letzten Überlebenden zu warten. Dies ist nicht hinnehmbar. Es ist höchste Zeit, dass sich die Nachfahren der damaligen Täter oder Mitläufer an die Seite der Überlebenden stellen und ihr Anliegen unterstützen.

Inzwischen stimmt die DB AG zwar Gesprächen mit Vertreter_innen einzelner Opferorganisationen zu. Die Hoffnung, dass diese Gespräche nicht nur auf eine „kostensparende Kompensation der historischen Schulden“ hinauslaufen, wie der „Zug der Erinnerung e.V.“ warnt, ist zurzeit bestenfalls bescheiden.

Vor diesem Hintergrund besuchten am Sonntag Hamburger Antifaschist_innen das „Bahnjubiläum“, um die Forderungen der Überlebenden zu unterstützen und der Opfer zu gedenken, indem sie Flugblätter verteilten, auf denen auch die gemeinsame Erklärung der Opferorganisationen nachzulesen war.

Die bereits nach wenigen Minuten herbeigeeilte Bahnhofsmanagerin verbot den Antifaschist_innen die Information der Festbesucher_innen und machte von ihrem Hausrecht Gebrauch. Sie befürworte das Gedenken, das Bahnjubiläum sei dafür aber nicht der richtige Rahmen. Heute wolle sie feiern.

Das nun entrollte Transparent rief umgehend mehrere Mitarbeiter der „DB – Sicherheit“ auf den Plan, die daran herumzerrten und die Aktivist_innen aufforderten, „mit diesem Scheiß“ (Zitat) zu verschwinden. Um dennoch möglichst viele Passant_innen erreichen zu können, postierten sich die Antifaschist_innen unmittelbar hinter dem von der DB AG für das Fest reservierte Gelände, zeigten das Transparent und verteilten die Flugblätter. Dies versuchte die DB AG in Gestalt ihrer Security-Marionetten ebenfalls zu verhindern bzw. zu sabotieren, indem sich mehrere von ihnen direkt vor das Transparent stellten, um so den Passant_innen die Sicht darauf zu versperren. Zusätzlich wurde offensichtlich die Polizei durch die DB informiert, die den Demonstrant_innen dann einen Platz etwas weiter abseits zuwies. Einer Person wurde eine Anzeige wegen Verstoßes gegen das Versammlungsgesetz angekündigt. Insgesamt konnten innerhalb von drei Stunden 400 Flugblätter verteilt werden. Es kam zu einigen Solidaritätsbekundungen seitens der Passant_innen, immer wieder wurde auf das Verhalten der DB AG mit Empörung reagiert.

Weitere Proteste im Rahmen der „Jubiläumstour“ und darüber hinaus sind angekündigt.

Steffen, indymedia ■

Erinnerung an Zwangsarbeiter in Münster-Hiltrup

Nach dreieinhalb Jahren Vorarbeit wurde in Münster ein Erinnerungsensemble – gestaltet vom Künstler Bodo Treichler – für die Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter des Lagers „Waldfrieden" der „Deutschen Arbeitsfront" (DAF), das von 1939 bis 1945 in Betrieb war, im Osten Hiltrups im Waldpark (Föhrenweg/Kanalpromenade) am 9. Juli 2010 eingeweiht.

Die ehemalige Lagerkommandantur des DAF-Lagers „Waldfrieden" in Hiltrup/Waldpark, 1965

Während des Zweiten Weltkrieges wurden 10 Millionen Europäer auf dem deutschen Reichsgebiet versklavt. Auch im damals stark industrialisierten Dorf Hiltrup wurden an 94 Stellen so genannte Fremdarbeiter eingesetzt. Sie waren auch in Hiltruper Lagern untergebracht. Eines der damaligen Lager war das DAF-Lager „Waldfrieden" im heutigen Waldpark. Eigentlich ausgelegt für 300 Personen, waren hier aber bis zu 500 Menschen aus Polen, der Sowjetunion und Italien, darunter auch Frauen und Kinder, untergebracht.

Vom Lager „Waldfrieden" sind nur noch drei Bunkerreste erhalten, über die langsam Grünpflanzen wachsen. Es handelt sich dabei um drei fast baugleiche Bunker, die bis beinahe zur Decke im Waldboden versenkt wurden.

Die Inschrift des Gedenksteins

„Also einfach mal Gras über die Sache wachsen lassen und bloß nicht in der Erde vor der Haustür graben? Nein! So denken wir und unsere örtlichen Unterstützer nicht", so Detlef Lorber, Sprecher der VVN/BdA Münster.

Dieser Gedenkstein mit den vier Infotafeln erinnert an das damalige Leiden der Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter und klärt über die rassistisch motivierten Verbrechen des deutschen Nationalsozialismus auf. Die vier Tafeln beschreiben das Lager und das Leid der Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter in Schrift und Bild.

Der russische Zwangsarbeiter Nikolai Karpow, einer der damaligen Internierten, schreibt in seinem Buch „Der kleine Ostarbeiter": „Es kam einem seltsam vor, wie dieses schöne, durch den Fleiß der Menschen bereicherte Land nach Raubtiergesetzen lebte", wie eine der Tafeln berichtet.

Die Errichtung des Erinnerungsensembles wurde unterstützt durch die ev. und kath. Kirchengemeinden in Hiltrup und den Ökumenischen Kreis für Frieden und Gerechtigkeit Hiltrup.

Die VVN-BdA Münster hat eine Sonderseite zum Gedenkensemble eingerichtet: http://www.muenster.org/vvn-bda/waldfrieden/

Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes / Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten Münster ■

‚Rassistische Trinkgelage'

Inzwischen konnten mehrere moslem- und judenfeindliche „Aperitif"-Veranstaltungen stattfinden

Wir berichteten in der letzten Ausgabe (Nr. 14/2010) über eine neue, relativ „witzig" daherkommende Aktionsform in der französischen rassistischen Aktivistenszene: Seit etwa einem Jahr kommt in Frankreich unter dem Namen „Riesen-Aperitif" (Apéro géant) eine Form von Partys unter freiem Himmel in Mode, die per Verabredung in Facebook-Gruppen organisiert werden und bei denen reichlich Alkohol fließt. Seitdem dabei am 12. Mai in Nantes ein junger Mann sturzbetrunken von einer Brücke fiel und zu Tode kam[1], stehen die Behörden dem Phänomen jedoch eher ziemlich ablehnend gegenüber. Daraufhin wurde ein für den 23. Mai in Paris unter dem Eifelturm geplanter „Riesen-Aperitif" behördlich verboten.

Wenige Zeit später hatten die rassistischen Aktivisten begonnen, die Methode für sich und ihre „Sache" zu entdecken. Am 18. Juni dieses Jahres sollte der „Riesen-Apero mit Schweinewurst und Wein" in einem Pariser Stadtteil mit hohem Einwandereranteil, im 18. Arrondissement, stattfinden. Aufgrund behördlichen Verbots konnte die „Provokation" am geplanten Ort nicht veranstaltet werden, stattdessen hielten die Veranstalter als Ausweichveranstaltung jedoch eine Kundgebung in der Nähe des Triumphbogens ab. (Vgl. AN 14/2010) Einige Zeit später fand, am Freitag, den 9. Juli, am ursprünglich geplanten Versammlungsort des rassistischen „Riesen-Aperitifs" eine Gegenveranstaltung unter dem Titel „Antirassistisches Picknick" statt. An ihm nahmen rund 250 Personen teil, und Vertreter fast aller Linksparteien sowie verschiedener Initiativen hielten kurze Ansprachen. Die antifaschistische Versammlung bezog sich ausdrücklich auf die vorausgegangene „rassistische Provokation".

Hinter derselben steckte maßgeblich der Bloc identitaire. Letzterer trat dabei auch unter dem Namen seiner im Raum Paris aktiven Jugendstruktur ‚Projet Apache' auf. Dieses „Apatschen-Projekt" enthält in seinem Namen eine doppelte Anspielung: Einerseits auf die Idee, dass die „eingeborenen" Franzosen heute in derselben Situation seien wie die nordamerikanischen Indianer v.a. im 19. Jahrhundert: „Wenn die Einwanderung in unser Land ungebrochen anhält und uns überschwemmt, dann werden wir ausgerottet oder in Reservate gesteckt..." (Jean-Marie Le Pen hatte dieselbe Idee schon in den späten 80er Jahren als Agitpropmasche benutzt und tauchte in prächtigem Federnschmuck auf Propagandaplakaten von 1990 auf, dabei allerdings eher einen Sioux-Häuptling denn einen Apatschen darstellend.) Ferner bezieht der Titel ‚Projet Apache' sich auch auf den Namen einer Jugendbewegung, die im frühen 20. Jahrhundert – die Bezeichnung tauchte erstmals im Jahr 1902 auf – in ärmeren Pariser Stadtteilen anzutreffen war. →

Es handelte sich dabei um eine Art von Jugendbanden männlicher Jugendlicher aus den Unterklassen, die durch einige Untaten auf sich aufmerksam machten und den braven Bürger erschreckten, einen frühen Vorläufer des Rockerphänomens. Allerdings entstammen die heutigen „Apatschen“ des rechtsradikalen Bloc identitaire nicht den (sofern noch vorhandenen und nicht durch die Gentrifizierung verdrängten) Pariser Unterklassenbezirken, sondern bestehen in aller Regel aus Bürgersöhnchen aus den – eher wohlhabenden – westlichen Vororten von Paris. – Circa eine Woche vor dem anberaumten Termin, am zweiten Wochenende im Juni, tauchten dann rund um die rue Myrha im 18. Pariser Bezirk eine Reihe von Plakaten der „Apatschen“ auf. Diese waren in schwarzer Farbe und im „Jugendstil“ gehalten und kündigten den „Aperitif Schweinewurst und Wein“ an.

In den darauffolgenden Tagen und Wochen wurden weitere, ähnliche Veranstaltungen in anderen französischen Städten angemeldet; und ihrerseits durch die Präfekturen verboten. Auffällig war besonders eine in Lyon geplante Initiative für einen „Riesen-Aperitif“. Dort verfügt der Bloc identitaire über eine sehr aktive Jugendgruppe unter dem Namen ‚Rebeyne!“. Dieser Name steht für einen Lyoner Dialekt-Ausdruck für den Begriff „Aufruhr, Revolte“. Letzterer wurde historisch vor allem durch eine gleichnamige Hungerrevolte in Lyon im April 1529, ‚La Grande Rebeyne‘, die sich gegen Spekulationen mit Getreidepreisen richtete, bekannt.

Einen der bislang letzten Anläufe hat dann der Front National in die Hand genommen. Dessen Jugendvereinigung, der FNJ, rief zunächst für den 8. Juli zu einem „Apéro“ mit Schweinefleisch und Wein im westfranzösischen Nantes auf. Unter behördlichem Druck wurde die Anmeldung jedoch zurückgezogen, nachdem der FN-Jugendorganisation mit erheblichen rechtlichen Konsequenzen im Falle irgendwelcher Zwischen- oder Unfälle, Reibereien oder Auseinandersetzungen gedroht worden war[2].

Stattfinden konnte hingegen inzwischen ein weiteres Trinkgelage, obligatorisch mit Schweinewurst und Wein und unter dem Motto „Gegen die Islamisierung Frankreichs“, am Freitag den 16. Juli in Toulon. Dazu rief zuerst eine bislang absolut unbekannte Struktur namens ‚Comité Toulon Nation‘ auf, kurze Zeit darauf trat dann aber auch der Front National im Bezirk selbst als Mitveranstalter auf. Die Veranstaltung sorgte im Vorfeld für eine Polemik[3], wurde in diesem Falle jedoch nicht behördlich verboten. In der Nacht vom 16. auf den 17. Juli 2010 wurden Bilder von der Veranstaltung auf die Webseite von ‚Novopress‘, der Nachrichtenagentur des Bloc identitaire, gestellt und waren dort am 17. Juli gegen fünf Uhr früh abrufbar. (Wir verlinken eine solche faschistische Webseite an dieser Stelle nicht, sie ist jedoch im Internet leicht aufzufinden.) An ihr nahmen einige Dutzend Menschen im Hafenbereich von Toulon teil.

Am Nationalfeiertag, dem 14. Juli, hatte in der Kleinstadt Marzy – im Westen der Region Bourgogne/Burgund – ebenfalls eine solche Veranstaltung mit 60 bis 80 Teilnehmern an Bord der Loire stattgefunden[4]. Sie wurde von einem Vertreter des Bloc identitaire (seinem regionalen Aufbauleiter in der Auvergne, Claude Jaffres) mit veranstaltet. An ihr nahm auch der FN-Kandidat bei den letzten Regionalparlamentswahlen im März 2010, Marcel Stéphan, teil. Laut eigenen Worten „als Privatperson“.

Bernhard Schmid, Paris ■

1 Vgl. http://www.liberation.fr/societe/0101635399-a-nantes-le-deuxieme-apero-geant-se-termine-sur-un-deces und http://www.lepost.fr/article/2010/05/13/2072117_apero-geant-du-12-mai-nantes-vs-montpellier.html oder http://www.youtube.com/watch?v=UyMZJkCPrws

2 Vgl. http://www.labaule.maville.com/actu/actudet_-L-apero-saucisson-pinard-part-en-eau-de-boudin_dep-1437506_actu.Htm oder http://www.ouest-france.fr/ofdernmin_-Le-FN-des-jeunes-annule-l'apero-saucisson-pinard_42314-1436645-perepdl_filDMA.Htm

3 Vgl. http://www.laprovence.com/actu/region-en-direct/polemique-autour-dun-apero-%E2%80%9Csaucisson-pinard%E2%80%9D-prevu-le-16-juillet

4 Vgl. http://www.lejdc.fr/editions_locales/nevers/ambiance_identitaire_lors_d_un_apero_saucisson_pinard_a_marzy_video_@CARGNjFdJSsGEx4BAxg-.html

Naziaufmarsch auf dem Ohlsdorfer Friedhof verhindert

Alljährlich veranstaltet die Hamburger Naziszene am Mahnmal für die Hamburger Bombenopfer auf dem Ohlsdorfer Friedhof schaurige Aufmärsche mit Fahnen, Kranzablage und geschichtsrevisionistischen Reden. Doch am Sonntag konnte diese Provokation erfolgreich verhindert werden.

Zum zweiten Mal findet dieses Jahr das Ohlsdorfer Friedensfest statt, welches von verschiedenen friedenspolitischen und antifaschistischen Organisationen veranstaltet wird. Es findet statt, um den Nazis nicht nur den Ort streitig zu machen, sondern vor allem um den historischen Kontext zu erläutern. Bevor die alliierten Bombardierungen Hamburgs 1943 stattfanden, hatte das Deutsche Reich bekanntlich schon halb Europa verwüstet. Vor der Bombardierung Hamburgs gab es die Bombardierungen von Guernika, Coventry und Rotterdam. Ein Umstand, den die heutigen Neonazis gerne verleugnen. Die individuelle Trauer um die Opfer des Bombenkrieges wird von den Neonazis missbraucht, um die Ursachen des Zweiten Weltkrieges umzudeuten und die Verbrechen des Nationalsozialismus zu relativieren.

Gestern war das Programm des Friedensfestes schon zu Ende, nur eine Handvoll AktivistInnen waren noch mit dem Aufräumen beschäftigt, als plötzlich ca. 30 Neonazis aus NPD und Kameradschaften vor dem Mahnmal aufmarschierten. Die Polizei erschien jedoch schnell in größerer Anzahl und verhinderte das Betreten des Mahnmals. Viele mussten ihre Personalien abgeben und erhielten Platzverweise; ihren Trauerkranz und ihre schwarzen Fahnen mussten die belämmert drein guckenden Nazis wieder einpacken.

Erschienen war der harte Kern der Hamburger Szene. NPD-Vorsitzender Torben Klebe brachte seine Parteifunktionäre Jan-Steffen Holthusen und Raphael Niemann mit, von den Freien Nationalisten kam das Pärchen Tobias Thiessen und Inge Nottelmann. Die Naziburschenschaft Chattia Friedberg war durch Johannes Duda vertreten und der ehemalige DVU-Vize Robert Valkovic widersetzte sich hartnäckig den Anordnungen der Polizei.

Dieses Mal haben die Nazis eine Pleite auf ganzer Linie erlitten. Es bleibt zu hoffen, dass die Friedhofsverwaltung endlich Anzeigen wegen der versuchten Durchführung einer nicht angemeldeten Veranstaltung auf dem Friedhof tätigt. Sonst droht sich das braune Spektakel spätestens im nächsten Jahr zu wiederholen.

Hamburger Bündnis gegen Rechts ■

Programm des Ohlsdorfer Friedensfestes: www.volksbund-hamburg.de/php/kal/index.htm

Profiteure des Sumpfs?

Die französische Regierungsrechte, korrupt bis an den Rand, verschafft dem Front National Aufwind

Die Woerth-Bettencourt-Affäre[1] sorgt in Frankreich seit Wochen für anhaltende Schlagzeilen. Sie bietet einen tiefen Einblick in den Korruptionssumpf, der sich zwischen den obersten Etagen der französischen Bourgeoisie und der konservativ-wirtschaftsliberalen Regierungspartei Sarkozys (UMP) erstreckt. Dass es dabei zum Teil zuging wie in der TV-Serie ‚Denver Clan', trägt zwar zum Amüsement des (ansonsten durchaus erbosten) Publikums bei, macht diese Praktiken aber nicht besser.

Der Skandal lässt sich zunächst in einer Zahl zusammenfassen: Eine einzelne Person (!), die Milliardärin Liliane Bettencourt – Erbin des Konzerngründers von L'Oréal, Tochter und Witwe aktiver Nazikollaborateure, – siehe Kasten Seite 10 – erhielt in den letzten drei Jahren insgesamt 100 Millionen Euro (!) an Steuern zurück erstattet. Gleichzeitig betrieb sie Steuerhinterziehung in dreistelliger Millionenhöhe. Laut Aussagen früherer Beschäftigter schmierte dieselbe werte Dame bürgerliche Politiker mit dicken Geldscheinbündeln „in braunen DIN A 5-Umschlägen".

Das Personal packt jetzt aus...

Unter den Empfängern dieser großzügigen Gaben befand sich laut Aussagen mehrerer Beteiligter besonders auch Eric Woerth. Der derzeit (noch?) amtierende französische Arbeits- & Sozialminister war zugleich, seit dem Jahr 2002 und bis zum 13. Juli 2010 – nach Ausbruch des Skandals -, zugleich auch Schatzmeister der Regierungspartei UMP. Also, in dieser Funktion, mit dem Eintreiben von Spenden von Privatpersonen und Firmen betraut. Einige der wohl umfangreichsten Spenden, auf legaler und in größerem Umfang auf illegaler Ebene, kamen mutmaßlich von Liliane Bettencourt. Dieselbe Milliardärin hinterzog ihrerseits Steuern durch das Deponieren bedeutender Summen in Banken- oder Steuerparadiesen wie etwa in der Schweiz, in Liechtenstein und auf den Seychellen.

Was wiederum den Steuerbehörden bekannt war, denn seit 2007 findet ein explosiver Familienstreit im Hause Bettencourt statt: Ihre Tochter Françoise Meyers-Bettencourt will die 87-jährige Milliardärin für geschäftsunfähig erklären und unter Vormundschaft stellen lassen. Dahinter steckt unter anderem ihre Angst ums Erbe, weil ihre Mutter zu Lebzeiten noch eifrig Geld und Vermögen an Günstlinge – vor allem an den Hochstapler und Schöngeist François-Marie Banier, der bereits 1,25 Milliarden von ihr abzocken konnte – verteilt. Ein entsprechender Antrag der Tochter wurde jedoch am Freitag, den 23. Juli 2010 zum zweiten Mal gerichtlich abgeschmettert.

Aufgrund von Mitteilungen aus der Familie war die Staatsanwaltschaft von Nanterre (räumlich zuständig für den Wohnort der Bettencourt, den Pariser Millionärsvorort Neuilly-sur-Seine) über den Verdacht auf massive Steuerhinterziehung informiert. Am 9. Januar 2009 informierte sie ihrerseits das Finanzministerium darüber. Es geschah jedoch nichts. Doch ein Zufall kommt selten allein: Eric Woerth, der Spendeneintreiber der Regierungspartei UMP, amtierte damals als Haushaltsminister und war also für den Kampf gegen Steuerbetrug zuständig. Noch zufälliger ist, dass seine Ehefrau damals, seit dem 12. November 2007, beim Vermögensverwalter der Milliardärin Bettencourt – dem undurchsichtigen Geschäftsmann Patrice de Maistre – angestellt war. „Um dem Minister Woerth einen Gefallen zu tun", wie Patrice de Maistre in Tonbandaufnahmen zu Protokoll gab, welche (illegal) im Hause Bettencourt angefertigt wurden und im Rahmen des tobenden Familienstreits seit dem 16.6.2010 durch französische Medien publiziert worden sind. Und ein noch viel größerer Zufall ist es, dass Woerth denselben Patrice de Maistre am 23. Januar 2008 mit der Légion d'Honneur (dem Verdienstkreuz der Republik Frankreich) auszeichnete. Bevor er, eine Woche nach dessen Verleihung, am 30. Januar 2008 persönlich im Hause der Milliardärin Bettencourt zu Abend speiste.

Woerth vor einigen Jahren: Offen für Bündnisse mit den Neofaschisten

A propos Eric Woerth: Der Minister (der aus dem monarchistisch-rechtskatholischen Milieu kommt) zählte in nicht gar zu ferner Vergangenheit zu jenem Teil der bürgerlichen Rechten in Frankreich, der bereit war, mit dem neofaschistischen Front National zu kooperieren. Nach den französischen Regionalparlamentswahlen vom 15. März 1998 hatte die konservativ-wirtschaftsliberale französische Rechte sich in vier Regionen faktisch mit dem FN verbündet, um eine Mehrheit für die Regierungsbildung im Regionalparlament zu gewinnen bzw. zu halten. Dazu zählte an führender Stelle die Picardie, unter dem (1998 mit den Stimmen des FN ins Amt gewählten, 2004 abgewählten) Regionalpräsidenten Charles Baur. In dieser Region, genauer in ihrem südlichsten Département Oise – das etwa 30 bis 50 Kilometer von Paris entfernt liegt –, hatte und hat Eric Woerth seine Hausmacht.

Woerth war damals einer der engeren Mitarbeiter des früheren Bezirkspräsidenten im Département Oise, Jean-François Mancel. Selbiger hatte bereits am 7. März 1998, also acht Tage bevor die damaligen Regionalparlamentswahlen stattfinden, in einem Interview mit dem reaktionären Wochenmagazin ‚Valeurs Actuelles' seine Bereitschaft zum Bündnis mit dem FN erklärt.[2]

Im selben Jahr 1998 wurde Mancel jedoch aufgrund unstrittiger Korruptionspraktiken aus der damaligen bürgerlichen Mehrheitspartei RPR – heute ein Bestandteil von Sarkozys UMP – ausgeschlossen. Noch bis im Jahr 2004 blieb er jedoch Bezirkspräsident in L'Oise. Auch Eric Woerth zählte damals zu den Protagonisten einer Zusammenarbeit zwischen Regierungsrechten und Front National.[3]

Das Regierungslager versucht, die extreme Rechte als Anti-Korruptions-Partei aufzubauen – ihr letztes politisches Schutzschild?

Am Mittwoch, den 7. Juli zitierte die auf Enthüllungen sowie Satire spezialisierte Wochenzeitung ‚Le Canard enchaîné' einen namentlich nicht genannten Minister, bei dem es sich der Beschreibung nach um Innenminister Brice Hortefeux handeln könnte. Dieser wird mit den Worten wiedergegeben, wenn es so weiter gehe, dann komme die bürgerliche Rechte bei den nächsten Präsidentschaftswahlen in gut anderthalb Jahren gar nicht erst in den zweiten Wahlgang. Die Stichwahl würde demnach zwischen den Sozialdemokraten und der extremen Rechten ausgetragen.

Der Minister sprach von einem „umgekehrten 21. April", unter Anspielung auf jenen Tag im Jahr 2002, an dem der damalige sozialdemokratische Premierminister und Präsidentschaftskandidat Lionel Jospin nach der ersten Runde aus dem Rennen flog. Den zweiten Durchgang der Präsidentschaftswahl machten damals der Konservative Jacques Chirac und der Rechtsextreme Jean-Marie Le Pen unter sich aus. Schon seit den Regionalparlamentswahlen vom März dieses Jahres sagen Beobachter, aber auch manche Abgeordnete der Regierungspartei UMP für 2012 eine vergleichbare Konstellation voraus, aber ohne die bürgerliche Rechte.

Im März und April machte bereits das geflügelte Wort von „Marine versus Martine" die Rede, also einer Stichwahl zwischen der sozialdemokratischen Parteichefin Martine Aubry und der rechtsextremen Nachwuchspolitikerin Marine Le Pen, die auf dem nächsten Parteikongress am 15./16. Januar 2011 voraussichtlich ihren Vater an der Parteispitze des Front National (FN) ablösen wird. Letztere vermied es bisher, auf ähnliche Weise wie ihr Vater etwa mit Holocaustleugnung oder -verharmlosung oder Nazisympathien öffentlich anzuecken, und gilt als ungleich „moderner". Der durch den ‚Canard enchaîné' zitierte Minister prognostizierte ihr 22 Prozent als Präsidentschaftskandidatin.

Nicolas Sarkozy selbst wird durch die Zeitung mit den Worten zitiert, die derzeitige Situation könne dem FN „fünf Prozent der Stimmen“ zusätzlich einbringen.

Die Frage ist, ob es nicht genau dies ist, was die konservative Rechte derzeit anstrebt, jedenfalls für den Fall, dass es ihr momentan nicht gelingt, ihren eigenen Niedergang aufzuhalten. Jedenfalls tut sie beinahe alles dafür, einen Aufstieg der extremen Rechten zu beschwören, für den Fall, dass die Kritik an den Praktiken der Konservativen weiterhin anschwelle – als ob die Neofaschisten, und auf keinen Fall die sozialdemokratische oder linke Opposition, allein die „natürliche Alternative“ zum Regierungslager bildeten.

Man könnte auch anders an die Sache herangehen, und etwa die Frage stellen, warum bitte schön ausgerechnet die extreme Rechte Frankreichs am besten platziert sei, um über Korruption und Vetternwirtschaft herzuziehen. Eine Partei, die seit ihrer Gründung im Oktober 1972 durch denselben Vorsitzenden angeführt wird? Die sich nun darauf vorbereitet, dass ihre Führung durch ein Familienmitglied – dessen Tochter – übernommen wird? Eine Partei, deren Chef, der alternde Jean-Marie Le Pen, in den siebziger Jahren zum Multimillionär wurde, indem er unter trüben Umständen das Alleinerbe eines geistig umnachteten Anhängers namens Hubert Lambert antrat? Warum sollte ausgerechnet ein solcher Verein sich dazu ausersehen fühlen, mit Fingern auf andere zu zeigen und bei ihnen Korruption und Nepotismus anzuklagen – so könnte man mit einigem Recht fragen.

Dies tut die bürgerliche Rechte jedoch nicht, sondern sie setzt es als quasi naturgegeben voraus, dass allein die extreme Rechte automatisch und zwingend davon profitiere, falls die konservative Regierung mit ihren Korruptionsaffären in die Enge getrieben wird.

Marine Le Pen wurde in den letzten Wochen auf fast allen Radio- und Fernsehkanälen dazu eingeladen, die Korruptionsaffären des Regierungslagers zu kommentieren. Die frühere rechtssozialdemokratische Präsidentschaftskandidatin Ségolène Royal sprach ihrerseits schon am 29. Juni 10 im Fernsehsender TF1 vom „Sarkozy-System, das heute korrupt ist“. Jean-François Copé, Fraktionsvorsitzender der Regierungspartei UMP, verglich Royal am 30. Juni auf Radio France Info daraufhin prompt mit Marine Le Pen: Die Sozialdemokratin „erinnere an“ die rechtsextreme Nachwuchspolitikerin. Das bedeutet, Letztere ist das Original und die sozialdemokratische Populistin nur die Kopie. – Ex-Regierungssprecher Laurent Wauquiez, derzeit Staatssekretär für Beschäftigungspolitik, wiederum erblickte am 30. Juni eine „Marine-Lepenisierung der Geister“ (Marinelepénisation des esprits). Dies in Anlehnung an das Wort von der „Lepenisierung der Geister“, mit dem linke und antifaschistische Opponent/inn/en in den 90er Jahren anlässlich der Übernahme rassistischer Argumentationen durch bürgerliche Politiker Kritik übten.

Die eher linke Internetzeitung ‚Médiapart‘ enthüllt Einzelheiten über die Korruptionspraktiken des konservativen Lagers. Ein Entrüstungssturm – gekünstelt oder nicht – wird bei den Konservativen entfesselt. Es hagelt Vergleiche mit der antisemitischen Hetzpresse der 30er Jahre und faschistischen Publikationen. Die im Subtext vermittelte Botschaft lautet: Wer die Korruptionspraktiken der konservativen Rechten und in den obersten Etagen der Bourgeoisie kritisieren möchte, der oder die ist allein bei den Rechtsradikalen gut aufgehoben.

So verglich etwa der amtierende UMP-Parteichef Xavier Bertrand bei einer öffentlichen Veranstaltung am 6. Juli in Le Raincy, bei Paris, ‚Médiapart‘ (die Internetzeitung des früheren Chefredakteurs von ‚Le Monde‘, Edwy Plenel) mit einer Presse, die „faschistische Methoden“ benutze. Edwy Plenel hat, diesen Vorwurf betreffend, inzwischen Strafanzeige wegen diffamierender Hetze erstattet.[4] ‚Médiapart‘ war die Publikation, die am 16. Juni erstmals Einzelheiten über jene Affäre publizierte, die Feuer an die Lunte legte.

Christian Estrosi, Minister für Industrie und Bürgermeister von Nizza, wiederum fühlte sich angeblich an Roger Salengro erinnert; Salengro war Innenminister des ‚Front populaire‘ (nach der vergröbernden deutschen Übersetzung: der linken „Volksfrontregierung“) im Jahr 1936 und wurde durch die damalige rechtsradikale Massenpresse in den Selbstmord gehetzt. Estrosi bemühte ferner noch den früheren Premierminister Pierre Bérégovoy, der am 1. Mai 1993 infolge von Korruptionsvorwürfen Suizid beging.

Hingegen sprach die für ihre verbalen Ausfälle bekannte Staatssekretärin für Familienpolitik Nadine Morano eher von „einem Zusammenspiel von Medien, Politikern und Trotzkisten“. (Edwy Plenel war in sehr viel jüngeren Jahren einmal bei der trotzkistischen LCR gewesen, aber das ist circa 30 Jahre her.) UMP-Sprecher Frédéric Lefebvre, dessen Spitzname „Pitbull“ lautet, war wenigstens halbwegs originell: Er witterte eher eine höchst eigentümliche Mischung aus „Rechtsradikalismus, Trotzkismus und einer Rache der Reichen, die dem Minister Woerth seinen Kampf gegen Steuerbetrug nicht verziehen haben“ (sic!).

Und da malt das konservative Regierungslager noch – bei Kritik von anderer Seite an seinen eigenen Praktiken – das Gespenst des „Populismus“ an die Wand...

Bernhard Schmid, Paris ■

1 Zu Einzelheiten der kriminellen Aspekte dieses Skandals vgl. http://www.trend.infopartisan.net/trd7810/t367810.html)

2 (Vgl. einen damaligen Artikel: http://jungle-world.com/artikel/1998/11/36742.html)

3; vgl. dazu http://www.mediapart.fr/club/blog/albert-herszkowicz/050710/eric-woerth-quand-il-pactisait-avec-le-front-national

4 (Vgl. http://lci.tf1.fr/politique/2010-07/affaire-bettencourt-plenel-porte-plainte-contre-xavier-bertrand-5917446.html)

Eine schrecklich nette Familie...: Vom führenden Nazikollaborateur zum Milliardär

Liliane Bettencourt, deren Vermögen rund 15 Milliarden Euro beträgt, ist die Witwe eines aktiven Nazikollaborateurs. Ihr im November 2007 verstorbener Gatte André Bettencourt war „immerhin“ Frankreich-Chef der, Joseph Goebbels unterstellten, „Propagandastaffel“ während der Besatzung gewesen, wie sogar der französischsprachige Wikipedia-Eintrag zu seiner Person angibt. Bei der Libération (Befreiung Frankreichs von der Nazibesatzung im Jahr 1944) kam er jedoch ungeschoren davon: Wie andere mehr oder weniger prominente Kollaborateure auch, etwa ein gewisser Vichy-Beamter namens François Mitterrand, hatte er es geschafft, sein Fähnchen beim Wechsel des Kriegsverlaufs in den Jahren 1942/43 zu drehen. Als der Wind sich gegen die „Achsenmächte“ zu drehen begann, hatte er also Kontakte zur Résistance aufgenommen. Unter den Staatspräsidenten Charles de Gaulle und Georges Pompidou brachte André Bettencourt es später, in den Jahren von 1966 bis 73, zum Staatssekretär und Minister.

Liliane Bettencourts Vater – der Chemiker Eugène Schueller, der im Jahre 1909 die Vorläuferfirma von L'Oréal gründete – seinerseits hatte während der 30er und 40er Jahre des 20. Jahrhunderts diverse faschistische Gruppierungen finanziert. U.a. die ab 1937 aktive rechtsterroristische Vereinigung ‚La Cagoule‘, in welcher auch André Bettencourt aktiv war. Später, zu Anfang der 40er Jahre, trat er als Mitgründer zweier faschistischer Kollaborationsparteien auf: des Mouvement Social Révolutionnaire (MSR) von Eugène Deloncle, sowie des Rassemblement National Populaire (RNP, „Nationale Sammlung des kleines Volkes“) unter dem Ex-Sozialisten Marcel Déat. – Deloncle wurde im Januar 1944 durch die Gestapo ermordet, weil er Kontakte zu deutschen Militärkreisen um den Abwehr-Chef Admiral Canaris hielt, die zu diesem Zeitpunkt Hitler loswerden wollten. Marcel Déat seinerseits überlebte das Ende des Zweiten Weltkriegs und lebte noch bis 1955 unter einem Tarnnamen und falscher Identität in der Nähe von Turin.

Auch Eugène Schueller ist jedoch am Ausgang des Zweiten Weltkriegs, leider, nichts passiert. Eine führende Rolle bei seiner „Reinwaschung“ hatte just der Ex-Kollaborateur François Mitterrand gespielt, den Schueller in den Jahren 1945/46 als Direktor bei dem von ihm gegründeten Verlagshaus Editions du Rond-Point und des Kosmetikmagazins ‚Votre Beauté‘ anstellte (bevor Mitterrand sich 1946 zum Abgeordneten wählen ließ). Bei seinem Tod im Jahr 1957 vererbte er sein Vermögen an seine damals 35-jährige Tochter Liliane, die seit 1950 mit André Bettencourt verheiratet war. *bhs* ■

Flüchtlinge in Landshut: „Das Lager zieht um, wir bleiben hier!“

LANDSHUT. Am 20.7.2010 versuchte die Regierung von Niederbayern, den 80 Flüchtlingen, die derzeit in Landshut untergebracht sind, ihre Umverteilungsbescheide zuzustellen. Am Donnerstag sollten sie nach Schöllnstein verlegt werden, einem kleinen Dorf mit 100 EinwohnerInnen, das 30 km entfernt von Deggendorf tief im Bayerischen Wald liegt.

Das Holzbaracken-Lager müsse umgehend geräumt werden, da eine Bodenuntersuchung des staatlichen Bauamts ein historisches Kellergewölbe zu Tage gefördert habe, das Lager deshalb einsturzgefährdet sei. Dabei ist das Kellergewölbe seit Jahren bekannt, Anwohner hatten bereits beim Bau des Lagers die Wahl des Standorts kritisiert. Doch statt nach einer Ersatzunterkunft in Landshut zu suchen, hat die Regierung von Niederbayern entschieden, die Flüchtlinge nach Schöllnstein zu verlegen. Auch hier wird, wie bei der Blitzaktion in Bogen und Deggendorf von vergangener Woche, keinerlei Rücksicht auf die Bedürfnisse der BewohnerInnen genommen:

Arbeitsplätze zählen ebenso wenig wie die sozialen Beziehungen der Flüchtlinge, die sehr gute Beratung durch das Haus International oder die Trauma-Behandlung bei der Außenstelle von Refugio München in Landshut.

Dabei gibt es in Landshut mehrere alternative Unterbringungsmöglichkeiten. Es liegen bereits Angebote der Kirchen vor, einen Teil der Flüchtlinge vorübergehend unterzubringen, auch die Stadt Landshut arbeitet an Alternativen. Zudem gibt es eine leer stehende, ehemalige Kaserne, die innerhalb kürzester Zeit in Betrieb genommen werden könnte. Die Kaserne befindet sich in Bundesbesitz, die niederbayerische Bundestagsabgeordnete Kornelia Möller arbeitet daran, die Bundesregierung zu einer schnellstmöglichen Zusage für die Nutzung des Geländes zu bewegen. Die Regierung von Niederbayern wollte heute Vormittag zeitgleich mit der Essenspaketvergabe die Umverteilungsbescheide zustellen. Um ihre Annahme zu verweigern, waren die Flüchtlinge gezwungen, die Essenspakete zu boykottieren. Sie haben auch geschlossen erklärt, übermorgen nicht in den Bus zu steigen, der sie nach Schöllnstein bringen wird. Denn wer einmal dorthin verlegt wurde, hat kein Recht mehr auf eine Rückkehr nach Landshut.

„Flüchtlinge sind kein Frachtgut und können nicht einfach von einem Lager ins andere verschoben werden“, kritisiert Alexander Thal vom Bayerischen Flüchtlingsrat. „Die Regierung von Niederbayern zeichnet sich in den letzten Tagen im Umgang mit Flüchtlingen durch eine Inhumanität aus, die ihresgleichen sucht. Wir fordern deshalb von Regierungspräsident Heinz Grunwald, sofort dafür zu sorgen, dass alle Flüchtlinge in Landshut bleiben können. Er muss diese menschenverachtende Behördenpraxis sofort beenden!“ Da die Regierung von Niederbayern mit der Anwendung unmittelbaren Zwangs droht für den Fall, dass Flüchtlinge sich weigern, in den Bus zu steigen, wurde dazu aufgerufen, die Flüchtlinge in Landshut zu besuchen und der Abfahrt des leeren Busses beizuwohnen.

www.fluechtlingsrat-bayern.de ■

Behörden halten noch immer an Abschiebungen fest

GÖTTINGEN. Nachdem wir der Abschiebemaschinerie in Göttingen Sand ins Getriebe gestreut haben und die geplanten Abschiebungen von 30 Roma ins Kosovo am 22. Juni 2010 vorläufig verhindert werden konnten, müssen wir gemeinsam mit den betroffenen Menschen den Druck auf die rassistische Asylpolitik Göttingens, Niedersachsens und nicht zuletzt Deutschlands aufrecht erhalten. Dieser menschenverachtenden Praxis muss endlich ein Ende bereitet werden.

An Bord des Air Berlin-Flugzeuges, das an diesem Tag von Schweden über Düsseldorf und Wien nach Pristina flog, befand sich unter anderen Abgeschobenen eine sechs-köpfige Roma-Familie, die seit 21 Jahren in NRW lebte. Alle Kinder dieser Familie wurden in Deutschland geboren (die älteste ist 13 Jahre alt!). Es konnte lediglich verhindert werden, dass mit diesem Flug Menschen aus Niedersachsen abgeschoben wurden. Das bedeutet allerdings nicht, dass das Risiko weiterer Abschiebeversuche vermindert wäre.

Die Situation in Göttingen: Bei drei der Familien konnte durch das Stellen von Asylanträgen die Abschiebung gestoppt werden. Zwei Menschen waren gezwungen, sich in ein Kirchenasyl zu flüchten, und hoffen auf der juristischen Ebene, eine Wiedereinsetzung ihres Duldungsstatus zu erreichen. Das niedersächsische Innenministerium wartet nur auf einen negativen Ausgang der Verfahren, um anschließend die bereits geplanten Abschiebungen vollziehen zu können.

In Deutschland einen dauerhaften Aufenthaltsstatus zu bekommen, ist nach der Aushebelung des Asylrechts durch den sogenannten Asylkompromiss im Jahre 1993 fast unmöglich geworden. Auch die sogenannte Bleiberechtsregelung aus dem Jahr 2007 bietet nur für wenige Menschen eine Option zum Bleiben. Durch die ständige Drohung einer Abschiebung sowie weitere rassistische Sondergesetze wie Residenzpflicht, Gutscheinpraxis, de-facto Arbeitsverbot oder willkürlich auferlegte Aufenthaltstitel wird ein Leben in Würde hierzulande vielen Menschen verwehrt. Neben den Abschiebevorhaben von Roma ins Kosovo sind auch andere Menschen betroffen: so sollen aktuell u.a. auch Kurden nach Syrien abgeschoben werden.

Wir fordern ein Bleiberecht für alle und werden dies am Samstag, den 31.7.2010, erneut auf die Straße tragen. So wollen wir zeigen, dass diese menschenunwürdige Asylpraxis auf einen immer breiteren Widerstand stößt. Dazu treffen wir uns um 15.00 Uhr am Kornmarkt (Gänseliesel), um mit viel Kraft und Kreativität unsere Solidarität zu demonstrieren.

Am Dienstag, den 27.7.2010 um 10.00 Uhr, werden wir Flüchtlinge zur Ausländerbehörde begleiten, um sie bei der Verlängerung ihrer Duldungen zu unterstützen. Die Menschen sollen nicht länger alleine der Willkür der Mitarbeiter_innen der Ausländerbehörde ausgesetzt bleiben. Zu diesen Aktionen werden ALLE Menschen mit antirassistischem Selbstverständnis aufgerufen.

BEGLEITUNG ZUR AUSLÄNDERBEHÖRDE – Dienstag 27.7.2010 | 10.00 Uhr | Neue Rathaus | Göttingen

DEMONSTRATION GEGEN ABSCHIEBUNGEN – Samstag 31.7.2010 | 15.00 Uhr | Kornmarkt (Gänseliesel) | Göttingen.

Quelle: Flüchtlingsrat Nds. ■

Pro Asyl: Im Sommerloch – BMI schürt Asylpanik

Das Sommerloch hat Innenstaatssekretär Ole Schröder zum Anlass genommen, Vorschläge der EU-Kommission für eine weitere Harmonisierung des Asylrechts zu verdammen und Panik zu schüren. Dabei gibt es kein neues Dokument, das jetzt plötzlich aufgetaucht wäre. Die Harmonisierung des EU-Asylrechts ist seit 1999 Thema. Seit Ende 2008 liegen Vorschläge für neue bzw. veränderte Verordnungen und Richtlinien auf dem Tisch.

Seit langem auch versucht die Bundesregierung, die fortschrittlichen Elemente der Richtlinien zu torpedieren und humanisierende Elemente wie verbesserte Verfahrensgarantien für Asylsuchende als Untergang des Abendlandes zu stilisieren.

Zur Änderung der Asylverfahrensrichtlinie hat die EU-Kommission bereits im Oktober 2009 Änderungen vorgeschlagen, deren Sinn auf der Hand liegt. Wer könnte etwas gegen „bessere Qualität asylrechtlicher Entscheidungen“ haben oder gegen die Stärkung der Verfahrensgarantien für schutzbedürftige Personen wie Folteropfer oder unbegleitete Minderjährige. Nach Schätzungen sind 30 bis 40 Prozent der Asylsuchenden, die in der EU eintreffen,

durch ihr Verfolgungs- und Fluchtschicksal traumatisiert. Es sollte eine Selbstverständlichkeit sein, dass sie frühzeitig aus belastenden Verfahren herausgenommen und psychologisch betreut werden.

Tatsächlich haben viele EU-Staaten mangelhafte oder – wie Griechenland – kaum existierende Asylsysteme. Alle Vorschläge, die zu einer wirksamen Verbesserung führen und Flüchtlinge wirklich schützen, müssen deshalb unterstützt werden. *Quelle: Pressemitteilung ProAsyl 9.7.2010* ■

Aufklärung der Hintergründe des Suizids von Slawik C.

HANNOVER. DIE LINKE im niedersächsischen Landtag verlangt eine Aufklärung der Hintergründe des Suizids von Slawik C. in der Abschiebehaft am 2. Juli in der JVA Langenhagen. Eine entsprechende Anfrage hat die Fraktion in den Landtag eingebracht. „Wir wollen damit die Aufklärung der Hintergründe des Todes forcieren“, erklärte die innenpolitische Sprecherin der Fraktion, Pia Zimmermann. Nach Ansicht von Zimmermann hätte Slawik C. gar nicht inhaftiert werden dürfen, da es keinen Grund zur Vermutung gegeben habe, dass er sich der Abschiebung entziehen wollte. „Ich will wissen wie die Landesregierung dies einschätzt“, sagte Zimmermann. Außerdem will sie in Erfahrung bringen, ob die Ausländerbehörde des Landkreises Harburg falsche Identifikationsdaten von Interpol benutzt hat, um sich bei der armenischen Botschaft ein Passersatzpapier für den Mann zu besorgen, und warum er getrennt von seiner Frau abgeschoben werden sollte.

DIE LINKE will auch wissen, ob Slawik C. eine ausreichende fachkundige medizinische Betreuung in der Justizvollzugsanstalt erhalten hat. Laut Zimmermann hätte der Flüchtling auch angesichts seines psychischen Zustandes niemals abgeschoben werden dürfen. Außerdem kritisierte Zimmermann das Verhalten der Landesregierung nach dem Tod des Häftlings. „Es ist beschämend, dass die Regierung bis heute weder ein Wort des Bedauerns noch eine Entschuldigung für den Tod des Flüchtlings gefunden hat. Noch beschämender und geschmackloser ist, dass jetzt auch noch seine Frau abgeschoben werden soll“, sagte Zimmermann.

Quelle: Pressemitteilung Die Linke vom 22.7.2010 ■

Europa: Umstrittene Burka-Verbote

Nach Belgien und Frankreich, die ein Burka-Verbot bereits auf den Weg gebracht haben, soll demnächst auch in Spanien muslimischen Frauen das Tragen von Vollschleiern in der Öffentlichkeit untersagt werden. Ähnliche Pläne werden in der Schweiz diskutiert. Der Europarat sprach sich gegen Burka-Verbote aus. Kritik kam auch von den Teilnehmern einer europaweiten Imamkonferenz.

Spanien: Mit einer Mehrheit von zwei Stimmen (131:129) votierte der Senat in Madrid Ende Juni für einen Verbots-Antrag der oppositionellen Volkspartei (PP, konservativ). Burka und Nikab seien diskriminierend und verletzten die Würde der Frau, argumentierte die PP. Ihr Antrag galt zunächst als chancenlos, fand aber u. a. die Unterstützung der gemäßigten katalanischen Nationalisten (CiU, christdemokratisch). Die Regierung unter Ministerpräsident José Luis Rodríguez Zapatero, dessen Sozialistische Partei (PSOE) gegen das Burka-Verbot stimmte, muss nun ein entsprechendes Gesetz ausarbeiten.

Auch auf kommunaler Ebene wurden bereits Burka-Verbote beschlossen. Vertreter von muslimischen Glaubensgemeinschaften und Moscheen in Katalonien erwägen, vor dem spanischen Verfassungsgericht gegen das Verbot zu klagen, da es die Religionsfreiheit einschränke.

Frankreich: Die französische Nationalversammlung stimmte Mitte Juli mit großer Mehrheit für ein Gesetz, das die Gesichtsverschleierung landesweit in der Öffentlichkeit verbietet. Der Senat muss dem Gesetz noch zustimmen. Es soll Anfang kommenden Jahres in Kraft treten. Mit dem von der konservativen Regierung eingebrachten Gesetzentwurf sollen muslimische Vollschleier aus der Öffentlichkeit verbannt werden. Ausgenommen sind unter anderem Motorradhelme, Gesichtsmasken von Polizeibeamten und Verkleidungen im Karneval. Frauen, die gegen das Verbot verstoßen, sollen zur Zahlung von 150 Euro oder zu einem Kurs in Staatsbürgerkunde verpflichtet werden. Männern, die ihre Frauen zur Verschleierung zwingen, droht eine Geldstrafe von 30.000 Euro und ein Jahr Gefängnis. Ist das Opfer minderjährig, so können zwei Jahre Haft und 60.000 Euro Geldstrafe verhängt werden. Die Menschenrechtsorganisation Amnesty International und die französische Bewegung gegen Rassismus und für Völkerfreundschaft (MRAP) hatten das Gesetzesvorhaben wiederholt kritisiert. Überdies warnte der Oberste Verwaltungsgerichtshof (Conseil d'État), ein Verbot von Ganzkörperschleiern könnte gegen die Verfassung verstoßen.

Schweiz: Im Mai bestätigte das Parlament des Kantons Aargau („Großer Rat“) mit 89 zu 33 Stimmen einen Vorstoß der Schweizer Demokraten (SD, rechtsgerichtet), eine entsprechende Initiative vorzubereiten. Aargau löste damit eine Debatte über ein generelles Burka-Verbot in der Schweiz aus. Auch in den Parlamenten der Kantone Bern und Solothurn wird über Gesetzesentwürfe für regionale Burka-Verbote entschieden. Nach dem Aargauer Beschluss hat die Kommission für öffentliche Sicherheit (SIK) einen Text für eine Gesetzesinitiative ausgearbeitet, wonach eher ein Verhüllungs- als ein Burka-Verbot angestrebt wird: „Im öffentlichen Raum soll das Tragen von Kleidungsstücken, die das Gesicht ganz oder hauptsächlich verhüllen, bei Strafandrohung untersagt werden.“ Der Große Rat soll nach der Sommerpause darüber entscheiden, ob die Aargauer Initiative für ein nationales Verhüllungsverbot beim Schweizer Parlament (Nationalrat) eingereicht werden soll.

Europarat: Die Parlamentarische Versammlung des Europarates (PACE) hat am 23. Juni einstimmig ein allgemeines Verbot für das Tragen der Burka und des Nikabs abgelehnt. Die Menschenrechtscharta des Europarats garantiere das Recht des Einzelnen, sich frei für oder gegen das Tragen religiöser Kleidung im Privatleben und in der Öffentlichkeit zu entscheiden. Gesetzliche Einschränkungen dieser Regel seien nur aus besonderen Gründen zu rechtfertigen, etwa „aus Sicherheitsgründen oder aufgrund des Erfordernisses der religiösen Neutralität bei öffentlichen oder beruflichen Funktionen von Einzelpersonen oder des Erfordernisses der Sichtbarkeit des Gesichtes”, erklärte die PACE. Die Versammlung appellierte an die Regierungen der 47 Mitgliedsnationen, die Teilhabe muslimischer Frauen am öffentlichen Leben und im Berufsleben zu fördern.

Quelle: Newsletter Migration und Bevölkerung Juli 2010 – Nds. FR ■

Finnland: Einwanderer-parlament geplant

Einwanderer in Finnland sollen bei den Parlamentswahlen im April nächsten Jahres 50 Vertreter für ein so genanntes Einwandererparlament wählen. Hierbei handelt es sich um die weltweit erste Vertretung dieser Art für Migranten, wie die Initiatoren Mitte Juni in Helsinki bekannt gaben. Wählbar und wahlberechtigt sind Zuwanderer, die seit mindestens zwei Jahren und ohne zeitliche Befristung in Finnland leben. Das Parlament wird zwar keinen offiziellen Status haben, aber die öffentliche Meinung beeinflussen und Migranten eine Stimme geben, hofft Alexis Kouros, iranischstämmiger Chefredakteur der Helsinki Times, der zusammen mit sechs anderen prominenten Einwanderern die Initiative gegründet hat.

Quelle: www.ipf.fi/ipf ■

Klare Parteipräferenzen bei Migranten

Türkeistämmige Migranten wählen mehrheitlich sozialdemokratisch, Migranten aus den Staaten der ehemaligen GUS hingegen eher konservativ. Zu diesem Ergebnis kam der Parteienforscher Andreas Wüst vom Zentrum für Europäische Sozialforschung in Mannheim anhand von Daten der Deutschen Wahlstudie 2009. Während GUS-stämmige Migranten primär CDU/CSU (43 %) und erst mit großem

Abstand SPD (22 %), Linkspartei (2 %) und Bündnis 90/Die Grünen (1 %) wählten, war bei türkeistämmigen Migranten die SPD klarer Favorit (38 %), gefolgt von der Linkspartei (15 %), Bündnis 90/Die Grünen (13 %) und CDU/CSU (4 %). Die FDP wurde in beiden Gruppen so gut wie gar nicht gewählt. In beiden Fällen hat etwa ein Drittel der Wähler keine Parteibindung.

Quelle: www.mzes.uni-mannheim.de ■

Nun auch NRW gegen die Residenzpflicht (...)

NRW. Der Landtag verabschiedete am Donnerstag (15.7.2010) einen von der Linken vorgelegten Antrag, mit der in Nordrhein-Westfalen die umstrittene Residenzpflicht von Asylbewerbern und Geduldeten de facto aufgehoben wird. „Asylbewerber und Geduldete sollen sich erlaubnisfrei im gesamten Gebiet des Bundeslands Nordrhein-Westfalen aufhalten dürfen", heißt es in der Vorlage, der SPD und Grüne geschlossen zustimmten, nach dem ein Passus aus der Antragsbegründung auf Wunsch von Rot-Grün gestrichen worden war. „Die Landesregierung wird daher insbesondere dazu aufgefordert, alle Möglichkeiten für eine Lockerung der räumlichen Beschränkungen, denen Asylbewerber und geduldete Ausländer im Land NRW aufgrund des Asylverfahrensgesetzes und des Aufenthaltsgesetzes unterliegen, auszuschöpfen." Die Erteilung der so genannten Verlassenserlaubnisse („Urlaubsscheine") soll künftig „weitgehend im Sinne der Antragsteller gehandhabt" werden.

Wie die rot-grüne Minderheitsregierung, ihr neuer Innenminister Ralf Jäger von der SPD, vor allem aber der „Apparat" diese Parlamentsentscheidung umsetzt, wird sich zeigen. Ungeachtet dessen ist die Zustimmung ein weiterer Schritt auf dem mühsamen Weg zu einer bundesweiten Abschaffung der Residenzpflicht.

In Brandenburg hatte die rot-rote Landesregierung bereits Anfang des Monats per Kabinettsverordnung entschieden, die EU-weit einmalige Beschränkung der Bewegungsfreiheit von Menschen für die dort knapp 1.200 Asylbewerber aufzuheben. Auch das rot-grün regierte Bremen will die Regelung kippen – einen entsprechenden Gesetzentwurf haben SPD und Grüne in die Bürgerschaft eingebracht. In Niedersachsen hat die Linkspartei in den Landtagen einen entsprechenden Vorstoß unternommen, die Linksfraktion im Bundestag will die Residenzpflicht ersatzlos streichen. In Schleswig-Holstein fordern Grüne, SPD und SSW eine Abschaffung, die Linksfraktion in Kiel setzt sich für die Gebührenfreiheit bei den Urlaubsscheinen ein. Auch die sächsische SPD setzt sich inzwischen für ein Ende der Residenzpflicht für Flüchtlinge ein.

Der sozialdemokratische Bundesvorstand hatte sich im Juni für „die grundsätzliche Abschaffung der heutigen Residenzpflicht" ausgesprochen, will aber an einer Wohnort-Regelung festhalten. Ohne diese sei „zu befürchten dass es zu einer besonders hohen finanziellen Belastung der urbanen Ballungszentren kommt", heißt es bei der SPD. Allerdings trete man für eine „neue Freizügigkeit" ein, die nur noch in Einzelfällen eingeschränkt werden soll.

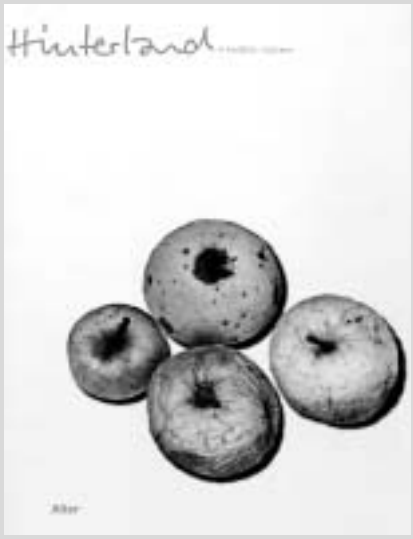
Für eine komplette Streichung der Residenzpflicht hatten sich im Frühjahr im Rahmen einer Online-Petition beim Bundestag über 11.000 Menschen eingesetzt, die Eingabe befindet sich derzeit in der „parlamentarischen Prüfung". Mit dem am Donnerstag beschlossenen Antrag in Nordrhein-Westfalen wird nun auch eine Bundesratsinitiative wahrscheinlicher. Länder wie Baden-Württemberg lehnen Vorstöße wie jenen aus Brandenburg zwar bislang ab. Aber die Front der Gegner wird langsam breiter. Was nicht zuletzt mit einem sich langsam verändernden öffentlichen Klima zusammenhängt. Waren es erst vor allem Initiativen gegen die Residenzpflicht, die sich seit Jahren gegen die Regelungen stark machten (etwa hier und hier), wird die „Gefangenschaft im Asyl" heute selbst von Zeitungen kritisiert, die bisher nicht als besonders flüchtlingsfreundlich aufgefallen sind.

Einen Überblick über das Ausmaß der Residenzpflicht in Deutschland hatte unlängst eine Kleine Anfrage der Linksfraktion im Bundestag zutage gefördert: Nach der Antwort der Bundesregierung unterlagen Ende Mai 2010 bundesweit über 126.000 Menschen den räumlichen Aufenthaltsbeschränkungen. Schwarz-Gelb sieht diese weder als politisch noch juristisch fragwürdig an: „Das Bundesverfassungsgericht hat die räumliche Beschränkung und ihre Strafbewehrung in vollem Umfang für verfassungsmäßig erklärt", heißt es in einem Schreiben des Innenministeriums vom Juni. Auch der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte habe die Regelung für zulässig erklärt. Es bestehe daher kein Anlass, „das grundsätzliche Festhalten an den Regelungen zur räumlichen Beschränkung" aufzugeben.

Quelle: www.freitag.de - Georg Classen (Pro Asyl) ■

Wieder Hungerstreik im Abschiebeknast Hannover

HANNOVER. Seit dem 16.7.2010 befinden sich erneut vier Personen im Abschiebegefängnis Langenhagen im Hungerstreik (bei dem sie auch keine Flüssigkeit zu sich nehmen) gegen ihre Abschiebung und gegen die schlechten Haftbedingungen. In den letzten Wochen geriet die JVA vor allem wegen des Suizids von Slawik C. in die Öffentlichkeit, außerdem wurden Misshandlungen der Wärterinnen gegen die Gefangenen bekannt. Aufgrund dessen gab es einen schriftlichen Antrag von 20 Gefangenen um gegen diese Zustände zu protestieren. Daraufhin verlegte die Anstaltsleitung einen maßgeblich an der Selbstorganisation der Gefangenen Beteiligten in einen anderen Trakt zu Strafgefangenen. Er soll voraussichtlich am 19.7. 2010 nach Istanbul abgeschoben werden. Die wenigen Rechte der Gefangenen werden weiterhin eingeschränkt: so dürfen seit mindestens einer Woche kein Tabak und keine Zigaretten mehr für die Gefangenen im Besuchsraum gekauft werden. Begründungen hierfür wurden keine genannt, sondern an die Anstaltsleitung verwiesen. Von den vier Abschiebehäftlingen, die am 16.7.2010 in Hunger- und Durststreik getreten waren, befindet sich einer seit dem 19.7. im Krankenhaus. Es ist zum einen zu hoffen, dass dies zunächst seine Abschiebung verhindert und zum anderen, dass sein gesundheitlicher Zustand nicht lebensgefährlich ist. Die anderen drei Streikenden haben den Streik aufgrund der großen körperlichen Strapazen abgebrochen. *Quelle Indymedia.org – FR Nds.*■



Hinterland # 14/2010 erschienen

Alter! So das Thema der neusten Ausgabe der „Hinterland". Im Vorfeld habe man lange diskutiert, so die Redaktion, ob es nun um Alte gehen soll oder das Altern. Geeinigt habe man sich auf einen Kompromiss: „Wir zeigen tatsächlich Alte, wie zum Beispiel das russische Ehepaar, das im Flüchtlingslager alt geworden ist oder den immer noch sehr aktiven Martin Löwenberg. Daneben nähern wir uns aber auch dem behördlichen Vorgang des Ältermachens von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen und beleuchten die Situation migrantischer „care workers" in der Pflegearbeit. Und wer vom Alter spricht, kommt am Tod nicht vorbei. So setzt sich Georg Seeßlen mit dem Überleben und Unterleben im posthumanen Kapitalismus auseinander und wir fragen einen angehenden Bestatter, wo Migrantinnen und Flüchtlinge eigentlich ihre letzte Ruhe finden."

Jahresabo 21,00 Euro, Einzelheft 4,50 Euro. Zu bestellen über: Bayerischer Flüchtlingsrat, Augsburgerstr. 13, 80337 München, abo@hinterland-magazin.de

Friedensbewegung startet Unterschriftenkampagne gegen Krieg in Afghanistan

Am 16.6. haben die großen Friedensorganisationen in Berlin den gemeinsamen Appell „Den Krieg in Afghanistan beenden – zivil helfen“ vorgestellt. Der Appell fordert den sofortigen Beginn des Abzugs der Bundeswehr aus Afghanistan. Die Friedensbewegung erhofft sich mit diesem Appell, dass die Diskussion in alle gesellschaftlichen Bereiche getragen und der Protest breite Unterstützung finden wird. Der Appell enthält drei klare Forderungen: Die Bundeswehr müsse „alle Kampfhandlungen“ beenden, „sofort“ mit dem Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan beginnen und die dadurch frei werdenden Gelder zur Verbesserung der Lebensbedingungen der afghanischen Bevölkerung einsetzen.

Unterstützung erhält die Friedensbewegung vom P.E.N. Zentrum Deutschland. Dessen Präsident Johano Strasser verwies bei der Vorstellung auf eine Resolution, die der Schriftstellerverband auf seiner jüngsten Jahrestagung einstimmig verabschiedet hat und worin das Scheitern des Kriegseinsatzes konstatiert und der Wunsch nach einem „raschen Abzug“ der Bundeswehr geäußert wird. Johano Strasser wörtlich: „Das Ergebnis des Krieges ist verheerend“. Der P.E.N. Präsident unterschrieb als erster demonstrativ den Appell der Friedensbewegung.

Für die Friedensbewegung ist das Engagement des Schriftstellerverbands Ausdruck des wachsenden Unmuts in der Bevölkerung über den „verheerenden Krieg“. Christine Hoffmann von der katholischen Friedensbewegung pax christi erinnerte in der Pressekonferenz an die Erklärung des Fuldaer Bischofs und pax-christi-Präsidenten Algermissen: „Mut zur Wahrheit: Der Militäreinsatz ist gescheitert“. Sie fordert ein Ende der Kampfhandlungen, weil nur dann ziviler Aufbau und Versöhnung möglich sind.

Peter Strutynski, Sprecher des Bundesausschusses Friedensratschlag, wies auf die steigenden Kosten des Krieges hin. Nach einer aktuellen Untersuchung des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung belastet der Einsatz am Hindukusch, wenn man alle Folgekosten hinzu rechnet, den Bundeshaushalt mit dem Dreifachen dessen, was der Verteidigungsetat offiziell angibt: Statt 1,059 Mrd EURO müsse mit drei Milliarden pro Jahr gerechnet werden. Eine Beendigung des Krieges wäre also ein echter und zudem „sozialverträglicher“ Beitrag zum Schuldenabbau des Bundes - selbst wenn eine Mrd. davon für die Lebensbedingungen der afghanischen Bevölkerung eingesetzt würde. Der Unterschriftenappell soll nun über die bundesweiten Organisationen und die vielen lokalen und regionalen Initiativen der Friedensbewegung in der Bevölkerung verbreitet werden. Er wird in die Kirchen und Gewerkschaften, in andere soziale Bewegungen, Parteien und Verbände, in Schulen und Hochschulen, in Betriebe und Verwaltungen hinein getragen. Bei einigen Organisationen (z. B. unter www.frieden-mitmachen.de) kann der Appell auch online unterzeichnet werden.

PM vom 16.6.2010 ■

Friedensmarsch endete auf der Zugspitze – Fahne ist jetzt auf dem Weg nach Hiroshima

Der einjährige Friedensmarsch von Sylt bis zur Zugspitze ist am Dienstag, den 29. Juni 2010 um 14:00 Uhr, hinsichtlich seines deutschen Teils am Gipfelkreuz auf der Zugspitze beendet worden. Die Fahnenträger für diesen allerletzten Abschnitt waren Wolfgang Ziller aus Schweinfurt und Roland Kümel aus Wien. Mit dabei war auch Margot Mehn, die schon den ersten Abschnitt vom Ellenbogen auf Sylt bis Westerland mitgegangen war. Zuvor ist diese Fahne zu Fuß oder per Rad vom nördlichsten Gebäude der Republik bis zum höchsten Punkt des Landes getragen worden. Diese Strecke betrug rund 1.500 Kilometer.

Beteiligt waren an der Aktion insgesamt rund 250 Aktive aus Friedensinitiativen bzw. Deutsche-Friedens-Gesellschaft/Vereinigung-der-KriegsdienstgegnerInnen (DFG/VK) in Schleswig-Holstein, Hamburg, Niedersachsen, Hessen und Bayern. Unterstützt wurde die Aktion aber auch von Initiativen der Anti-Atom-Bewegung aus dem Wendland, von der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes(VVN/BdA), von Untergliederungen des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB), örtlichen Parteiorganisationen der LINKEN, der GRÜNEN, der SPD und vielen Einzelpersonen. An rund zwanzig Orten haben Veranstaltungen unter freiem Himmel oder in Veranstaltungsräumen stattgefunden, denen zwischen 5 und 200 Personen beiwohnten. In lokalen Zeitungen sind zirka fünfzig Berichte veröffentlicht worden, außerdem gab es rund ein

Dutzend Interviews lokaler Radiostationen und Fernsehkurzberichte. Während der (Fahrrad-) Wanderungen wurden rund 3000 Flugblätter verteilt. Die Resonanz der vielen tausend Menschen war positiv. Möglich wurde die Aktion nur durch die vielen, die geholfen haben, die Veranstaltungen und Infotische zu organisieren, die den Friedenswanderern Quartier gewährten, diese generös bewirteten, und die örtliche Pressearbeit organisiert haben.

Anfang Juli wurde die Fahne an Ulrike Eifler aus Hessen übergeben, die sie Ende Juli nach Hiroshima fliegt, um sie am 6. August dort im Rahmen einer größeren Veranstaltung an Vertreter der japanischen Friedensbewegung zu überreichen. Ziel der Aktion, so Eifler, sei es, „ein bisschen ins Bewusstsein zu bringen, dass die immer noch 26.000 vorhandenen Atomwaffen abgeschafft werden müssen, damit sie nicht eines Tages uns Menschen abschaffen. Hiroshima mahnt weiter. Wir wollen, dass diese Mahnung nicht vergessen wird – uns selbst zuliebe“. Weltweit wurden Unterschriften für eine atomwaffenfreie Welt gesammelt. Es dürften zirka sieben Millionen gewesen sein. Allein in Japan wurden über vier Millionen Unterschriften gesammelt, anschließend in Kisten verpackt, und auf den Weg nach New York zur Eröffnung der Konferenz zum Atomwaffensperrvertrag geschickt.

Auch in Deutschland ist Hiroshima nicht vergessen. Wie der Initiator und Organisator der Aktion, Manfred Sohn aus Niedersachsen, mitteilte: „endete damit eine Aktion, die auf allen Straßen in Norddeutschland, Nordrhein-Westfalen, Hessen und Bayern, über die wir wanderten oder radelten auch von den lokalen Medien große Zustimmung erfuhr“.

Im Verlauf dieser Kampagne hatten die Friedensmarschierer fast 4000 Unterschriften für einen „Appell – Welt ohne Atomwaffen“ gesammelt, die Anfang Mai auf der Konferenz zum Atomwaffensperr-

vertrag in New York an den stellvertretenden UNO-Generalsekretär überreicht worden waren.

Die letzte Etappe begann am 22. Juni 2010 in Schweinfurt und führte per Fahrrad bis München. Von dort ging es überwiegend zu Fuß weiter bis nach Garmisch-Partenkirchen, wo am 28. Juni über das Reintal und die Knorrhütte der Aufstieg zur Zugspitze begann.

ane, Quelle: www.friedensmarsch-fuer-hiroshima.de ■

Am 15. Juli machte die 5. Friedensradfahrt Paris – Moskau in Köln Halt. Seit 2006 haben hunderte Menschen aus 15 Nationen mit „Bike for Peace and New Energies" den Sport als Möglichkeit der friedlichen Begegnung von Menschen unterschiedlicher Kulturen entdeckt. In Köln wurden sie im Hiroshima-Nagasaki-Park begrüßt, anschließend ging es zum Deserteursdenkmal am Appellhofplatz. – siehe Bild.
Foto: www.arbeiterfotografie.com

Erklärung der FIR zum 65. Jahrestag der Potsdamer Konferenz

Der 8. und 9. Mai 2010 war für die Staaten und Völker nicht allein Europas der 65. Jahrestag des Sieges über den Faschismus, der Tag der Befreiung vom Faschismus. Dieses Datum markiert den Beginn einer neuen Periode des Zusammenlebens der Völker in Europa, die trotz Kaltem Krieg und militärischer Aggression der NATO gegen Jugoslawien als weitgehend friedlich gekennzeichnet werden kann.

Die Grundlagen für diese friedliche Entwicklung legten die Kräfte der Anti-Hitler-Koalition auf ihrer Beratung vom Ende Juli bis Anfang August 1945 in Potsdam. Hier definierten die Unterhändler Großbritanniens, der Sowjetunion und der USA die Rahmenbedingungen der europäischen Nachkriegsordnung, die dazu beitragen sollten, dass nie wieder Faschismus und nie wieder Krieg von deutschem Boden ausgehen können. Als dafür notwendige Rahmenbedingungen wurde die Neufestlegung der Ländergrenzen, die Schaffung homogener Besiedlungsräume, die Vernichtung des militärischen Potenzials des deutschen Faschismus und die Schaffung einer gesellschaftlichen Ordnung, die sich an den Prinzipien der Entnazifizierung, der Entmilitarisierung, der Entmonopolisierung und der Demokratisierung orientierte, angesehen.

Verbindlich geregelt wurde der Übergang von Territorien im östlichen Mitteleuropa, insbesondere die Oder-Neiße-Linie als deutsche Ostgrenze. Festgelegt wurden auch die Regelungen für die Umsiedlung von Teilen der Bevölkerung, was revanchistische Kreise insbesondere in Deutschland jahrzehntelang als „Vertreibungsverbrechen" denunzierten.

Zum Abschluss der Verhandlungen unterzeichneten Premierminister Attlee sowie die Präsidenten Stalin und Truman als Repräsentanten der Siegermächte dieses Dokument. Dieser Vertrag, dem später auch Frankreich beitrat, bildet bis heute das rechtliche Gerüst der europäischen Nachkriegsordnung.

Das Potsdamer Abkommen

- kennzeichnet den verbrecherischen Charakter der faschistischen Organisationen und Institutionen, wie er im Nürnberger Prozess auch juristisch nachgewiesen wurde,
- gewährleistet bis heute insbesondere die Unverletzlichkeit der polnischen Westgrenze,
- verwehrt damit alle Restitutionsansprüche revanchistischer Kräfte insbesondere gegenüber Polen und der tschechischen Republik,
- benennt zudem die Verantwortung der großen Industrie, der Banken und Konzerne im Deutschen Reich für die faschistischen Verbrechen und steht somit quer zu allen Versuchen der geschichtspolitischen Umdeutung,
- definiert die Strukturen einer antifaschistisch-demokratischen Neuordnung, die zwar im Westen Deutschlands nicht umgesetzt wurde, die aber Orientierungsgrundlage für antifaschistisches Handeln – nicht nur in Deutschland – bis heute sein können,
- ist das Dokument der siegreichen Anti-Hitler-Koalition, die getragen war von den militärischen Einheiten der Armeen und dem antifaschistischen Befreiungskampf der Völker.

Die FIR sieht in dem Potsdamer Abkommen das zentrale Dokument der Nachkriegsordnung, das allen Versuchen der revanchistischen und geschichtsrevisionistischen Umdeutung der Geschichte entgegensteht. Bedauerlicherweise wurde das Abkommen nur teilweise Realität.

Im Gegenteil, es wurde vollständig missachtet, besonders heutzutage mit dem Wiedererstarken von Faschismus und Antikommunismus in ganz Europa, besonders in den baltischen und ehemals sozialistischen Staaten Osteuropas. Dies ist verbunden mit den imperialistischen Bemühungen, die Geschichte des zweiten Weltkriegs zu verfälschen, Hitler mit Stalin, Faschismus mit Sozialismus, die faschistischen Mörder und deren Opfer gleichzusetzen.

Die Völker Europas, die den Preis für den deutschen imperialistisch-faschistischen Krieg bezahlten – mehr als alle anderen – dürfen diese Verzerrung der Geschichte durch die Fälschung der geschichtlichen Fakten des Krieges nicht hinnehmen. Wir müssen ein Wiederaufkommen von Faschismus und Antikommunismus, der eine ideologische Waffe der Nazis in der Vorbereitung des Zweiten Weltkriegs war, stoppen. Nie wieder Faschismus! Nie wieder Krieg! ■

Der Herausgabekreis und die Redaktion sind zu erreichen über:
GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln Tel. 0221 / 21 16 58, Fax 0221 / 21 53 73.
email: antifanachrichten@netcologne.de, Internet: http://www.antifaschistische-nachrichten.de
Erscheint bei GNN, Verlagsges. m.b.H., Venloer Str. 440, 50825 Köln. V.i.S.d.P.: U. Bach
Redaktion: Für Schleswig-Holstein, Hamburg: W. Siede, erreichbar über GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43 18 88 20. Für NRW, Hessen, Rheinland Pfalz, Saarland: U. Bach, GNN-Verlag Köln. Baden-Württemberg und Bayern über GNN-Süd, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01. Für „Aus der faschistischen Presse": J. Detjen c/o GNN Köln.
Erscheinungsweise: 14-täglich. Bezugspreis: Einzelheft 1,50 Euro.
Bestellungen sind zu richten an: GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln. Sonderbestellungen sind möglich, Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Die antifaschistischen Nachrichten beruhen vor allen Dingen auf Mitteilungen von Initiativen. Soweit einzelne Artikel ausdrücklich in ihrer Herkunft gekennzeichnet sind, geben sie nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder, die nicht alle bei ihr eingehenden Meldungen überprüfen kann.

Herausgabekreis der Antifaschistischen Nachrichten: Anarchistische Gruppe/Rätekommunisten (AGR); Annelie Buntenbach (Bündnis 90/Die Grünen); Rolf Burgard (VVN-BdA); Jörg Detjen (Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation); Martin Dietzsch; Regina Girod (VVN - Bund der Antifaschisten); Dr. Christel Hartinger (Friedenszentrum e.V., Leipzig); Hartmut-Meyer-Archiv bei der VVN - Bund der Antifaschisten NRW; Ulla Jelpke (MdB DIE LINKE); Marion Bentin, Edith Bergmann, Hannes Nuijen (Mitglieder des Vorstandes der Arbeitsgemeinschaft gegen Reaktion, Faschismus und Krieg – Förderverein Antifaschistische Nachrichten); Kreisvereinigung Aachen VVN-BdA; Angelo Lucifero; Kai Metzner (minuskel screen partner); Bernhard Strasdeit; Volkmar Wölk.

Dortmund stellt sich quer! Sie werden nicht durchkommen!

Zum 6. Mal in Folge wollen Neofaschisten anlässlich des Antikriegstages durch Dortmund marschieren. Für den 4. September mobilisieren sie europaweit in die Ruhrgebietsmetropole. Nach dem erfolgreich verhinderten Großaufmarsch der Neonazis in Dresden gilt der so genannte „Nationale Antikriegstag“ in Dortmund als wichtigste Nagelprobe der so genannten „Autonomen Nationalisten“ bundesweit.

Dortmund hat sich in den vergangenen Jahren zu einer Hochburg militanter Neonazis entwickelt. Brutale Übergriffe auf MigrantInnen und linke Jugendliche, auf alternative Buchläden und Zentren, Parteibüros und Privatwohnungen von Antifaschistinnen und Antifaschisten häufen sich. Am 1. Mai 2009 griffen Neofaschisten die 1. Mai-Demo des DGB an.

Die Nazis sagen, Dortmund sei ihre Stadt. Wir sagen: Niemals!

Polizei und Politik haben das Problem seit Jahren verharmlost. Dadurch tragen sie Verantwortung für das Erstarken der Neofaschisten in Dortmund. Sie haben verharmlost, obwohl seit dem Jahr 2000 vier Morde auf das Konto der Neonazis gehen: drei Polizisten wurden von dem Neonazi Michael Berger erschossen, der Punk Thomas Schulz von einem jugendlichen Neofaschisten erstochen. Aber die Polizei bleibt ihrer Linie treu: Antifaschistisches Engagement wird immer wieder behindert, Neonazis können nahezu ungestört agieren.

Der Antikriegstag erinnert an den faschistischen Überfall der Nazis am 1. September 1939 auf Polen, der Beginn eines Raub- und Vernichtungskrieges, der die Welt in Brand steckte und über 50 Millionen Tote hinterließ. Bereits in den letzten Jahren zogen Neonazis mit der Losung „Nie wieder Krieg!“ durch Dortmunds Straßen. Sie fügten hinzu: „Nach unserem Sieg!“ – also dem Sieg des „Nationalen Sozialismus“, des Nationalsozialismus.

Die deutschen Neonazis stehen in der Tradition der NSDAP. Sie bejubeln den beispiellosen Vernichtungskrieg gegen die Sowjetunion mit 17 Millionen toten Zivilisten ebenso wie die barbarische Massenvernichtung der Juden. Sie leugnen die Verbrechen der Wehrmacht und der SS und tragen Slogans wie „Unser Großvater war ein Held!“ vor sich her.

Mit sozialer und antikapitalistischer Demagogie versuchen sich die Neonazis als „Friedensengel“ darzustellen. Sie nutzen in der sich verschärfenden Krise des Kapitalismus die Arbeitslosigkeit, Perspektivlosigkeit und Existenzangst der Menschen und besonders der Jugend für ihre rassistische und kriegsverherrlichende Ideologie im Angesicht sozialen Abstiegs. Setzen wir ihnen unseren Widerstand und unsere Politik der Aufklärung und Solidarität entgegen!

Verhindern wir gemeinsam einen neuerlichen Großaufmarsch der Nazis durch Dortmund! Fordern wir den sofortigen Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan!

Wir rufen alle Antifaschistinnen und Antifaschisten, die Gegner von Krieg und Besatzung, die Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter dazu auf, den Aufmarsch der Neofaschisten am 4. September durch entschlossene Blockaden gemeinsam zu verhindern! Von uns wird dabei keine Eskalation ausgehen. Wir sind solidarisch mit allen, die der zunehmenden Kriegspropaganda eine Absage erteilen und dem Naziaufmarsch in Sicht- und Hörweite entgegen treten wollen.

Beteiligt Euch an den vom Bündnis „Dortmund stellt sich quer!“ geplanten Demonstrationen und Blockaden! Der Antikriegstag gehört uns! Wenn Nazis marschieren, ist Widerstand Pflicht!

Bündnis „Dortmund stellt sich quer!“

Unterstützer: Evelyn Hecht-Galinski , Oskar Lafontaine, Hans Modrow (Vorsitzender des Ältestenrates der Partei Die Linke, Berlin), Konstantin Wecker (Liedermacher), ADGH – Demokratische Jugenbewegung in Europa, AGIF (Föderation der ArbeitsimmigrantInnen aus der Türkei in Deutschland e.V.), AG Soziale Kämpfe, Karlsruhe, AK „Aktiv gegen Rechts bei ver.di München“, Anatolische Föderation e.V, Anatolische Jugend (Jugendorganisation d. Anatolische Föderation), Antifaschistische Aktion (Aufbau) Stuttgart, Antifaschistische Jugend Dortmund , Antifaschistische Jugend Gelsenkirchen, Antifaschistische Linke Berlin (ALB), Antifaschistische Linke Freiburg (ALFR), Antifaschistische Revolutionäre Aktion Berlin (ARAB), Antifaschistisches Soziales Forum, Antifa Den Haag, Antifa Gruppe 76 Rastatt/Murgtal, Antifa Höxter, Antifa Krefeld, Antifa Leichlingen, Antifa Oer-Erkenschwick, Antifa Syke , Antifa Wipperfürth, AStA der Universität Münster, ATTAC Niederrhein, AT?F (Föderation der Arbeiter aus der Türkei in Deutschland), Autonom Anarchistische Allianz (A2A), Autonome Antifa Remscheid, Black Mosquito Mailorder, Bonner Jugendbewegung, BSV Essen, Bundesausschuss Friedensratschlag, Büro gegen Rassismus und Militarismus, Düsseldorf, CAFÉ LIBERTAD Kollektiv Hamburg, Ceni-Kurdisches Frauenbüro für Frieden, Contra Xenofobia, Deutscher Freidenker-Verband, Dev-Genç, DFG-VK – Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen NRW, DGB Ortsverband Ettlingen/ Malsch/ Albtal, DIDF – Föderation demokratischer Arbeitervereine, DIDF – Jugend, DIE LINKE. NRW, DIE LINKE. NRW Landtagsfraktion, DIE LINKE. Kreisverband Dortmund, DIE LINKE. Kreisverband Duisburg, DIE LINKE. Kreisverband Köln, DIE LINKE. Kreisverband Leverkusen, DIE LINKE. Ortsgruppe Erkelenz/Wegberg, DKP Parteivorstand, DKP Berlin, DKP Bochum, DKP Freiburg, DKP Queer, DKP Rostock, Duisburg stellt sich quer!, Essener SchülerInnen Bündnis, Ettlinger Bündnis gegen Rassismus und Neonazis, Förderverein für antifaschistische Kultur e.V., Karlsruhe, Gays & Lesbians aus der Türkei e. V. (GLADT), Berlin, Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde e.V. (GBM e.V.), Gladbecker Bündnis für Courage, GRANDIOSO Versand & Textildruck, Hamburger Forum für Völkerverständigung und weltweite Abrüstung e.V, Initiativ e.V., Jugendverband REBELL, Junge GEW Köln, Kein Mensch ist illegal, Köln, KGÖ, Kommunistische Jugendorganisation, Krefeld für Toleranz und Demokratie, Kreisarbeitsgemeinschaft „Weg mit Hartz IV“ Oberberg , ünstlerinitiative www.unruhestiften.de, LabourNet Germany, Landesgruppe Nordrhein-Westfalen der Bundestagsfraktion Die Linke, Left-Stickers.com Mail Order, Linke Aktion Villingen-Schwenningen, Linksjugend [`solid] NRW, Linksjugend [`solid] Dortmund, Linksjugend [‘solid] Köln, Linksjugend [‘solid] Leverkusen, LandesschülerInnenvertretung NRW (LSV NRW), MLPD Landesverband NRW, Mumia-Hörbuchgruppe, Berlin, Nella Faccia Hamburg, Netzwerk gegen Rechts, Duisburg, Neue Demokratische Jugend, Redaktion scharf-links, Reflexx, Revolutionäre Aktion Stuttgart, Revolutionäre Jugend, Revolutionäre Perspektive Berlin, Rote Antifa [NRW], roteboerde.de, SAV Sozialistische Alternative Ruhrgebiet, SDAJ Bundesverband, SDAJ Berlin, SDAJ Dortmund, SDAJ Essen, SDAJ München, SDAJ Rostock, SJD – Die Falken AKAS Gelsenkirchen, Soziale Liste Bochum, Taranta Babu, Buchladen und Cafe, Dortmund, ver.di Jugend NRW, ver.di Jugend NRW Süd, Verlag Pläne, Dortmund, VVN-BdA / Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes, Landesverband NRW, VVN-BdA / Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes, Berlin, www.linkezeitung.de – Gruppe Arbeitermacht, YEK-KOM e.V. (Föderation kurdischer Vereine in Deutschland), YoungStruggle, Politische Jugendzeitschrif, Zusammen Kämpfen Duisburg, Zusammen Kämpfen Magdeburg und viele Einzelunterzeichner

aktuelle Infos unter:
http://dortmundquer.blogsport.de ■

BESTELLUNG: Hiermit bestelle ich ... Stück pro Ausgabe (Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt)

- O Halbjahres-Abo, 13 Hefte 24 Euro
- O Förder-Abo, 13 Hefte 27 Euro
- O Jahres-Abo, 26 Hefte 48 Euro
- O Förder-Abo, 26 Hefte 54 Euro
- O Schüler-Abo, 26 Hefte 30 Euro
- O Ich möchte Mitglied im Förderverein Antifaschistische Nachrichten werden. Der Verein unterstützt finanziell und politisch die Herausgabe der Antifaschistischen Nachrichten (Mindestjahresbeitrag 30,- Euro).

Erscheinungsweise: 14-täglich

Einzugsermächtigung: Hiermit ermächtige ich den GNN-Verlag widerruflich, den Rechnungsbetrag zu Lasten meines Kontos abzubuchen. (ansonsten gegen Rechnung)

Name: Adresse:

Konto-Nr. / BLZ Genaue Bezeichnung des kontoführenden Kreditinstituts

Unterschrift

GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln, Tel. 0221 – 21 16 58, Fax 21 53 73, email: gnn-koeln@netcologne.de
Bankverbindung: Postbank Köln, BLZ 370 100 50, Kontonummer 10419507